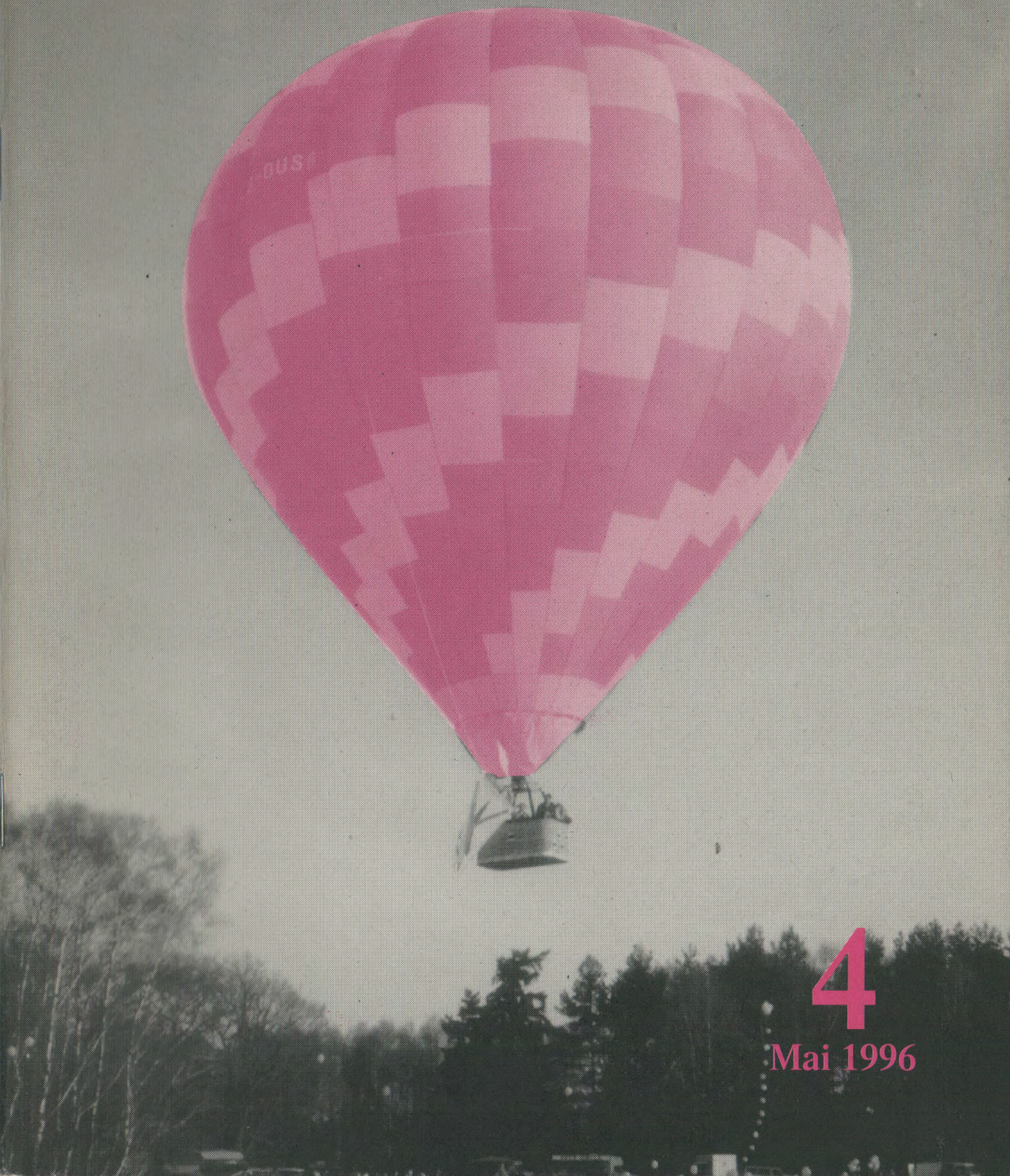
BEHÖRDEN- UND UNTERNEHMERUNFREUNDLICH

telegraph

Ostberlin

4 DM



4

Mai 1996

Inhalt

Versuch eines Kommentares zu den Häuser-Räumungen in Berlin S. 3
Der diesjährige Ostermarsch gegen den Truppenübungsplatz in der Wittstock-Ruppiner Heide konnte den Stand der Bewegung halten S. 7
Das Internet muß zensiert werden! S. 9
Ratloses Warten auf die Chaos-Tage! S.10
Die Gruppe FelS zu Antifaschistischen Aktion-BOund zu den Organisationsansätzen S. 12
Quo vadis Antifa? S. 20
FRANKREICH IM DEZEMBER: Haben wir die letzten großen Kämpfe der Gewerkschaften gesehen? S. 23
Strafverfolgungsmaßnahmen gegen KurdInnen S. 26
Kuba-Unterstützungskampagne? S. 27
Rußlands Blick auf die Osterweiterung der NATO S. 28
Die Probleme des Ministeriums für Staatssicherheit mitminderjährigen Spitzeln S. 32
Aus einer Welt, die nicht mehr Naturstoff enthält als der Wechselkurs S. 37
Neues aus der Bücherwelt S. 38
Meldungen S. 40

Editorial

Aus zahlreichen technischen, organisatorischen und persönlichen Gründen ist es wieder mal ganz schön spät im Monat geworden, ehe wir herauskommen (um nicht zu sagen, daß es eigentlich schon der 2. Mai ist, an dem zuletzt dieses Editorial geschrieben wird). Trotzdem haben wir noch nicht allzuviel von den mehr oder weniger revolutionären Kundgebungen des 1. Mais kommentiert. Nur der Abdruck der Presserklärung der Veranstalter zum Polizeieinsatz am Ostberliner Kollwitzplatz schien uns doch noch einen Platz in den Meldungen wert. Mehr im nächsten "telegraph". Insbesondere hoffen wir etwas mehr über den illegalen Sender zu bringen, der am 1. Mai eineinhalb Stunden sendete, wenn er auch nicht, wie der Polizeibericht wieder mal unverschämt log, zum Aufruhr aufrief.

In diesem Heft neben aktuellen Berichten zur Liquidierung der Hausbesetzerbewegung in Berlin und zur Freien Heide gibt es eine Menge Reflexives zum Zustand der deutschen Linken, aber auch Ausblicke ins Ausland. Den Bundeskongreß des Neuen Forums und die parallelen Sprüche einer prominenten ostdeutschen Bürgerrechtlerin haben wir nicht mehr erörtert. Ganz ausgezeichnet ist eine Phantamagorie, die wir aus dem durchweg lesenswerten Frühlingsheft der Jungdemokraten "tendenz" übernommen haben. Bei diesen Leuten scheint sich eine inhaltliche Klärung zu vollziehen (um das leidige Wort "radikal" zu vermeiden) die mit der desolaten Lage der übrigen außerparlamentartischen Opposition wohltuend kontrastiert.

Bildnachweis: S. 1, 4. 5, 7, 13, 15, 16, 17, 21, 22, 27, 29, 30: Redaktionsarchiu, S. 20: Umbruch Bildarchiv, S. 33, 34, 35, 36: Foto Harald Hauswald

Versuch eines Kommentares zu den Häuser-Räumungen in Berlin

Vorbei die Zeiten, in denen man noch eine vernünftige Begründung oder auch nur eine Rechtfertigung für die Räumung eines besetzten Hauses brauchte. Hausbesetzungen sind illegal, und als solche werden sie auch behandelt, O-Ton des neuen Innensenators und ehemaligen Generals der Bundeswehr, Schönbohm. Vorbei auch die Zeiten, als Gesetze und geltendes Mietrecht auch solchen 'illegalen Elementen' Schutz gaben. So wurde in einem bemerkenswerten Schulterschluß zwischen Politik, Justiz, Polizei und der Presse kurzerhand das BGB außer Kraft gesetzt. Billigt jenes doch Mensch Meier ein Gebrauchsrecht eines Objektes zu, kann er nachweisen länger als ein Jahr 'gewohnheitsmäßig' dort zu wohnen. Was für Otto Normahl auf dem Dorfe gilt, ist noch lange nicht für den Berliner Senat bindend, hat er doch die geballte Kraft des Staates hinter sich. Und Ambitionen. Solcherlei Subkultur und 'rechtsfreier' (=nicht durch Mietknebel reglementierter) Raum paßt einfach nicht in das neue Image der Reichhauptstadt.

Daß eben jener Senat nicht in der Lage ist, Miet-Spekulationen und Verfall ganzer Häuser Einhalt zu gebieten (ob das überhaupt in seinem Interesse liegt, kann bezweifelt werden; allein und vor allem im Ost-Teil der Stadt stehen nach wie vor 20-30.000 Wohnungen leer), ist ein Schönheitsfehler, der mit ein wenig Promotion und einigen neuen Werbefeldzügen für den 'Standort Berlin' wettgemacht wird. Wer sich noch an die Olympia-Pleite erinnern kann, wird sich wie der Autor fragen, wieviele Häuser man von diesem Geld wohl sanieren könnte? Glücklicherweise leiden Wähler und Politiker unter chronischem Mangel an Langzeitgedächtnis.

Aber dahinter steckt doch noch etwas mehr: Es ist dies eine klare Ansage, wer hier im Staate das Sagen hat, und wohin uns der Zug noch bringen wird. Während 35.000 Leute vor dem Rathaus gegen die Sparpolitik und Sozialabbau demonstrieren, werden andere 50-60 Leute auf die Straße gesetzt. Und während die Habseligkeiten der ehemaligen Bewohner aus dem Fenster auf die Straße fliegen, werden die Häuser systematisch unbewohnbar gemacht: Fenster und Klo-Schüsseln zertrümmert, Wasser- und E-Leitungen durchschnitten. Fragt sich Mensch, wie das ein Herr Schönbohm einem Menschen erklären möchte, der seit einem Jahr vergeblich eine Wohnung sucht???

Es ist dies auch ein deutliches Signal an jene kriminellen, subversiven Elemente, inwieweit sie hier in dieser Stadt toleriert werden. Haben sie es doch gewagt, ausgerechnet zu den Osterfeiertagen zu 'internationalen Häusertagen' aufzurufen. Das wollte man nicht auf sich sitzen lassen. Und es ist ein deutlicher Schlußstrich: Die bis dato gültiger `Berliner Linie´, nach der Häuser, die vor dem Oktober 1990 besetzt wurden, geduldet werden, ist ab sofort Vergangenheit. Jenes ungeliebte Kind - damals eine politische Notwendigkeit, um zwischen den `guten´ und `bösen´ Besetzern unterscheiden zu können - paßt nicht mehr so ganz in das neue Hauptstadtkonzept. Die Wende-Zeiten sind vorbei, Schluß mit Lustig, jetzt zieht wieder `Recht und Ordnung´ ein in die Stadt. In dieses Bild paßt auch der zunehmende Druck auf die wenigen verbliebenen Wagenburgen in der Berliner Innenstadt. Zunehmend lauter wird auch hier nach einer gewaltsamen 'Lösung' gerufen, wobei selbst die ältesten und dümmsten Klischees herhalten müßen. z.B: las einer dieser Tage in der „Berliner Zeitung" eine Stellungnahme des Leiters der Bereitschaftspolizei am Hauptbahnhof, ein nahe der East-Side-Galerie, eine der verbliebenen Wagenburgen im Zentrum Berlins, gelegener Fern- und Stadtbahnhof. Nach Ansicht dieses vorgeblich kompetenten Herren seien die 'Rollheimer' für 80%(!) der innerhalb des Bahnhofs vorgekommenen Straftaten verantwortlich, eine Räumung der East-Side würde eine 'erhebliche Entlastung' darstellen. Von 'gewaltsamen Betteleien' und 'Belästigungen' ist dort die Rede. Ein sicherlich bequemes Erklärungsmodell für die zunehmende Verarmung und Verelendung. Der Kurzschluß Besetzer=Asozial=Kriminell, seit mehr als zwanzig Jahren in den Westmedien propagiert und auch im Osten nicht ganz unbekannt, hält sich hartnäckig. Ein guter Anlaß, mal kurz eine Großrazzia auf der Wagenburg einzuleiten. Daß dabei dann 'erhebliche Mengen Rauschgift' (nach meinen Erfahrungen dürfte es sich dabei vorwiegend um die persönliches Kiff-Vorräte gehandelt haben) beschlagnahmt werden können, paßt dann natürlich augezeichnet ins Bild. Einer der vielen Versuche, unangepaßte Menschen zu kriminalisieren.

Auch darf man den europäischen Kontext nicht außer Acht lassen: In ganz Europa wird zunehmend repressiv gegen Hausbesetzungen vorgegangen. In Athen, London, Paris, Amsterdam .... Das Europa der Bonzen richtet sich nicht nur nach außen, erst wird der Feind im Inneren

Festnahme eines verdächtig aussehenden Hausbesetzers in der Ostberliner Pfarrstraße

eliminiert.

Etwas irritierend wirkt da die Reaktion der Medien und der 'fortschrittlichen Linken' in der Stadt. Noch vor zwei Jahren hätte ein Interview mit dem amtierenden Innensenator, in dem dieser die 'Berliner Linie' ad absurdum und bürgerliches Recht für Hausbesetzer als nicht bindend erklärt, einen Aufschrei in der Presse und Rücktrittsforderungen hervorgerufen. In diesen Tagen erscheint eine solche Meldung (wenn überhaupt) nur noch unkommentiert und unreflektiert auf Seite Drei (mit einigen wenigen Ausnahmen, die „Junge Welt" brachte z.B. eine meiner Meinung nach gut reflektierte ganze Seite (oder zwei?), allerding erst eine Woche später). Nun, dies scheint im Trend der Zeit zu liegen, Hausbesetzer scheinen nun einmal keine Lobby (mehr?) zu haben.

Dies erklärt aber keinesfalls die Gleichgültigkeit und Gelassenheit, mit der eine solche Aktion innerhalb der 'Linken' aufgenommen wird. Wer sich wie der Autor schon des öfteren am Stammtisch anhören mußte, Hausbesetzungen seinen nicht mehr 'zeitgemäß', und man müße sich auf 'das Machbare' konzentrieren, könnte sich fragen, in wie weit 'die real existierende Linke' (oder zumindest Teile derselben) denn noch 'zeitgemäß' ist: Ist die Wohnungspolitik doch eines der besten Beispiele für das Scheitern der Marktwirtschaft beim Verteilen knapper Ressourcen. Kaum ein Gut im (noch) Wohlstandsstaat Deutschland ist so umkämpft, kaum ein Wirtschaftssektor wirft solche Renditen ab wie der Wohnungsbau. Wers nicht glaubt, komme nach Berlin und suche nach einer (womöglich noch bezahlbaren) Wohnung.

Doch genug der Polemik, laßt ins noch ein wenig Informationen rüberbringen. Am 26. März stürmte die Polizei um 8 Uhr morgens die Palisadenstraße 49. Die völlig überraschten Bewohner des Hauses hatten keine Gelegenheit zur Gegenwehr, und kaum Zeit, ihre persönlichen Habseligkeiten in Sicherheit zu bringen. Einige per Infokette mobilisierte SypathisantInnen konnten nur ohnmächtig zuschauen, wie die Einsatzkräfte das Haus unbewohnbar machten und das Eigentum der ehemaligen Bewohner durch die Fenster auf die Straße warfen. Begründet wurde die Räumung mit dem Umstand, die Besetzer hätten zwischenzeitlich das Haus verlassen, und eine neue Gruppe hätte das Haus neu besetzt. Dem wird von den Bewohnern widersprochen. Das Haus sei seit mehr als drei Jahren besetzt, und fiele somit unter die Berliner Linie.

Bereits einen Tag später räumten Einsatzkräfte der Polizei die Kleine

Hamburger Straße 5. In diesem Falle nahm die Polizei einen Räumungsbescheid für eine Bewohnerin des Hauses als Anlaß, gleich das ganze Haus zu räumen. Pikanterweise wurden im Vorfeld einige Leute, die dort polizeilich gemeldet waren, ohne ihr Wissen abgemeldet. Wer dafür verantwortlich ist, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

Tags darauf fand eine Durchsuchung der Linienstraße 158/159 statt, bei der willkürlich zwei der Bewohner festgenommen wurden, wahrscheinlich weil es sich bei ihnen nicht um deutsche Staatsbürger handelt und somit eine Handhabe gegeben war. Anlaß zur Durchsuchung waren angebliche Steinwürfe auf Bauarbeiter. (*Anmerkung: wie ich jetzt hörte, stimmt das nicht so ganz: es soll wohl eine verbale Auseinandersetzung mit o.g. Bauarbeitern gegeben haben; als daraufhin die Polizei auftachte, nahm diese 3 Leute willkürlich mit. Gegen eine von ihnen, einer Nicht-Deutschen Staatsangehörigen, wird der Vorwurf des Landesfriedensbruches erhoben, sie sitzt deshalb heute (vier Wochen später!) noch in Untersuchungshaft. Begründung: Aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit sei Fluchtgefahr gegeben. Ein weiteres pikantes Detail: einige ihrer Freunde, die sie besuchen wollten, wurde dieser Besuch verweigert, obwohl sie entsprechende Papiere beantragt und auch bewilligt bekamen. Ihnen wurde gesagt, sie dürften sie erst nach einem vorherigen Verhör durch die Staatsanwaltschaft besuchen, 'da gegen ihr Umfeld ermittelt' werden würde. Dies lehnten diese ab.*).

Diese Durchsuchung der Linienstraße löste heftige Spekulationen über eine baldige Räumung aus.

Bereits am 26. März gab es einige Solidaritätsaktionen für die Palisadenstraße, u.a. eine spontan

Nach der Räumung der Kleinen Hamburger wird als Beweis für eine bevorstehende Renovierung ein Baugerüst hingestellt

Für die Räumung der Linienstraße rückte das Gericht dann offenbar doch nicht die nötigen Papierchen heraus

initiierte Demo. Tags darauf kam es auch zu Straßenblockaden. Einige Schaufenster gingen zu Bruch. Von diesen Aktionen war in den Medien nur spärlich zu hören, und wenn so nur von der „ungeheuren Härte und Brutalität der Anschläge" (BZ vom 28. März, na ja die les ich halt manchmal). Die Aktionen wurden in keinerlei Kontext zu den Räumungen gebracht.

Auch das Medienecho auf die „internationalen Häuser- und Wagenburgtage" ist recht kläglich; abgesehen von einigen Erklärungen der Wagenburgler und der Besetzer war in der Presse wenig davon zu lesen.

Dafür wurde dann, wie als Antwort auf solch „anti-berlinisches" Treiben, am 18. April ein Haus in Alt-Stralau geräumt. Dieses fiel angeblich nicht unter die Berliner Linie, da es noch kein Jahr besetzt sei; auch hier widersprechen die Bewohner. Im Übrigen gebe es eine Baugenehmigung, mit den Bauarbeiten würde in nächster Zukunft begonnen. Tatsächlich wurde noch in den folgenden Tagen ein Baugerüst aufgestellt, seitdem hat sich dort nichts getan. Eine noch am selben Tag stattfindende Soli-Demo wurde von massiven Polizeikräften erst durch die Stadt geleitet, bei der Abschlußkundgebung vor dem Haus dann von der Polizei angegriffen; es kam zu mindestens drei Festnahmen (das Übliche: Widerstand, Sicherheitsverwahrung nach ASOG, etc.)

Diese letzte Räumung war auch Thema im Innenausschuß des Senats, wohl auf Grund der Tatsache, daß einer der Geräumten Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin für die PDS ist. Das wohl einzig bemerkenswerte Ergebnis der Sitzung war ein Kommentar des Innensenators, bei den Bewohnern des Hauses Alt-Strahlau handele es sich nicht um Wohnungsnot, und sie würden durch gegenteilige Behauptungen nur „die echten Wohnungslosen diffamieren". Insgesamt wurde den Besetzern Böswilligkeit unterstellt. Sie hätten sich als nicht verhandlungswillig erwiesen und durch „utopische Forderungen" jedwede friedliche Lösung unmöglich gemacht.

Es bleibt abzuwarten, wie es den verbliebenen mehr als 15 besetzten Häusern, die keinerlei Miet- oder Pachtverträge haben, und den (gar nicht mal wenigen, ich glaube so 7 oder 8?) Wagenburgen in der Stadt weiter geschehen wird; mit Spannung wird die Walpurgisnacht und der 1. Mai abgewartet. Bereits im Vorfeld hat der Innensenat durch markige Sprüche und die Polizei durch auffällige Präsenz und offensives Auftreten schon mal die Stimmung angeheizt. Der Prenzlberger Kiez, potentielles Einsatzgebiet für Walpurgisnacht und Abschluß der „revolutionären 1. Mai Demo" ist bereits bestens von Zivis ausgespäht, die Presse redet von „einer entscheidenden Bewährungsprobe für Innensenator Schönbohm". Dieser tut, wie ihm geheißen, und wie er es als General der Bundeswehr gelernt hat: Getarnte Kundschafter in vorderster Front und operativ tätige Einsatzkräfte in der Hinterhand, ab heute wird zurückgeschossen!

Schließlich will man sich ja vor seinen alten Generals-Kollegen nicht blamieren! (Im Juni findet eine NATO-Konferenz in Berlin statt, es geht das Gerücht um, Ex-General S. wolle dafür schon mal alles klar machen.)

Anmerkung: Heute, Freitag, 28.4. fand eine Pressekonferenz einiger besetzter Häuser statt. Dabei kamen einige Infos rüber, die ich euch nicht vorenthalten möchte:
Es gibt miitlerweile einen festen Termin für eine 'Teilräumung' der Eastside (besagte Wagenburg im Innestadtbereich); was darunter zu verstehen ist, bleibt ein wenig im unklaren; Fakt ist, es existiert ein Kostenvoranschlag der ALBA, einer großen Müll-Entsorgungs-Firma, für die 'Bereinigung' des Geländes über 2,5 Millionen D-Mark... (wer zahlt das eigentlich???) Es ist anzunehmen, das dies nicht nur die Hunde-Scheiße und Zigarettenkippen auf dem Platz beinhaltet, die Bewohner befürchten, daß hiermit ihre Wägen, somit ihr Zuhause, gemeint ist.
Die Repression gegen die B-Häuser nimmt weiter zu; in der Rigaer Str. sollte das Wasser abgestellt werden; dies konnte buchstäblich in letzter Minute verhindert werden.
In der Pfarrstraße gab es einen Toten, eine der Bewohnerinen starb angeblich an einer Überdosis nicht näher bezeichneter Drogen. Dieses tragische Ereignis wurde von der Polizei zum Anlaß für eine Hausdurchsuchung der Pfarrstraße genutzt. Dabei kam es zu einigen sehr unschönen Szenen, zu Beleidigungen und Mißhandlungen seitens der Polizei. Nach Angaben der Hausbewohner verhielten sie sich erst kooperativ, holten Polizei und Notarzt als sie ihre Freundin entdeckten. Nachdem der Notarzt den Tod feststellte und Fremdverschulden ausschloß, zogen Polizei und Kripo erst einmal ab. Insgesamt sollen von der Polizei nur schräge und hämische Sprüche über die Tote und das Haus gemacht worden sein. Kurze Zeit später stürmten Einsatzkräfte der Polizei in voller Demo-Montur das Haus und durchsuchten dieses. Fünf Leute wurden wegen Widerstand, Beleidigung und Landesfriedensbruches festgenommen, sind inzwischen wieder freigelassen worden.

Willfried B. aus B.

Nicht nur heiße Luft

Der diesjährige Ostermarsch gegen den Truppenübungsplatz in der Wittstock-Ruppiner Heide konnte den Stand der Bewegung halten

Bereits im letzten „telegraph" gab es einen längeren Artikel über den ehemaligen sowjetischen Truppenübungsplatz in der Wittstock-Ruppiner Heide, den die Bundeswehr zu gerne als Übungsfeld für künftige Auslandseinsätze benutzen würde. Dagegen stehen die Bauern der Umgebung, die keine neue Enteignung durch Militärs dulden wollen. Aber auch die sonstige weitgehend eigentumslose Bevölkerung hat einfach die Schnauze voll von Kriegslärm und gelegentlichen kleinen Militärunfällen, die zerstörte Trommelfelle oder auch nur ein daneben gefallenes Bömbchen zur Folge haben. Mit von der Partie bei der Bürgerinitiative Freie Heide sind von Anfang an die gewaltlosen Anarchisten von der Berliner Graswurzelgruppe, aber auch die örtliche Prominenz, vom Pfarrer über den Landrat bis zum SPD-Ortsgruppenleit... (nee, heißt wohl anders). Diesmal ließ sich sogar kein Geringerer als der Brandenburger Umweltminister Platzek herab, zu den versammelten Massen zu sprechen. Er sprach übrigens unter anderem über den Verfall von Sitte und Moral. Da mußte ich herzlich lachen, weil ich an die heroischen Zeiten 1989, 1990 dachte, als er mit der Grünen Liga gegen die Gründung einer Grünen Partei rebellierte, um dann als Frühstücksminister in die Regierung Modrow einzusteigen. Ohne das hier weiter zu vertiefen, könnte man vielleicht sagen, daß Matthias Platzek seither noch einige Male die Seiten gewechselt hat - immer im Interesse der Sache, wie er betont (und sein Meister, Manfred Stolpe, wird ihm da gewiß zustimmen).

Die Medien hatten angekündigt, daß die alte bundesdeutsche Friedensbewegung aus Angst vor noch geringerer Beteiligung als in den früheren Jahren eine eigene Berliner Kundgebung aufgegeben habe und stattdessen auf die Beteiligung am Ostermarsch der Freien Heide orientierte. Ich fand am Stellplatz in der Nähe des Berliner Alexanderplatzes neben vier vorgesehenen Bussen noch

60 Leute in noch vorgerückterem Alter als mich. Die zum großen Teil weißhaarigen Kämpen aus den Zeiten der Großdemonstrationen der bundesdeutschen Friedensbewegung versuchten gerade ihren Talisman, eine merkwürdige menschengroße Taube aus Pappmache, in die Gepäckablage des einen Busses zu verstauen, der schließlich für uns alle ausreichte.

Aber ich will hier keinen langweiligen Tagesbericht machen, sondern nur ein paar Stichworte liefern. Über die Rede der berühmte Theologin Dorothee Sölle vor der Kirche von Fretzdorf kann ich beispielsweise nicht vernommen werden, weil ich zu dieser Zeit in der Dorfkneipe eine urige Bockwurst mit Kartoffelsalat speiste. Erschienen waren bei strahlendem Wetter etwa 3.000 Leute (das ist die echte Zahl, nicht die des Veranstalters und nicht die des Polizeiberichts). Unter Transparenten zog der lange Zug durch Feld und Wald zum Festplatz inmitten des Truppenübungsplatzes und dort gab es das übliche Gemisch aus mehr oder weniger erträglichen Liedermachern und allgemeinen und besonderen Informationen über die Freie Heide. Der örtliche Handel war mit Imbißbuden vertreten, aber vom Kaffeebedarf der Massen bei weitem überfordert. So gab es wie zur guten alten DDR-Zeit kilometerlange Schlangen von diszipliniert anstehenden Leute, sogenannten „sozialistische Wartegemeinschaften", wie man das dazumal nannte. Ich selbst nahm meine Zuflucht zu einem wohltuend zurückhaltend abseits geparkten Wohnmobil der Partei des Demokratischen Sozialismus, wo es ganz umsonst und ohne Warten Kaffee gab. Bezahlt hatte ich schon vorher, indem ich auf der Hinfahrt im Bus eine mehrseitige Propagandabroschüre der PDS-Bundestagsfraktion von A-Z durchlesen mußte. Das kommt davon, wenn man vergißt, geeignete Reiselektüre einzustecken.

Der Clou der Veranstaltung war eindeutig die Auslosung einer seit zwei Monaten laufenden Lotterie zugunsten der Prozeßkosten der Freien Heide. Die Gewinner konnten Ferientage in einem der umliegenden Bauernhöfe oder auch nur Freiabende in einer der örtlichen Imbißbuden gewinnen. Hauptgewinn war die Teilnahme an einer Ballonfahrt, die gleich nach dem Ende der Veranstaltung den Abschlußhöhepunkt des Ostermarsches in der Freien Heide darstellte (siehe Titelseite). Ich selbst hatte mein Los verschenkt, weil ich ein sehr gebrochenes Verhältnis zum Flugwesen habe und kaum eine härtere Strafe für mich ausdenkbar wäre als der Flug in einem Heißluftballon.

Ein bedauerlicher Fehlschlag ist eine „endlich fertiggestellte" Broschüre „zum Antimilitaristischen Widerstand in der Freien Heide", die es für fünf Mark zu kaufen gab. Das Heft ist derartig langweilig gemacht und schlecht redigiert, daß der Effekt höchstens ein abschreckender ist. Eigentlich wirklich ausgezeichnet ist beispielsweise eine dort abgedruckte Rede von Wolf-Dieter Narr. Nur, daß sie wortwörtlich mit sämtlichen Ausdrucksfehlern und eben für eine Rede typischen Redundanzen abgeschrieben wurde. Dazu kommen eine Unmenge nicht getilgter Rechtschreibfehler und nachträglich eingefügte Zwischenüberschriften, über deren Wert man streiten könnte. Zum Schluß hat sich irgendein Idiot über den Text hergemacht, um ihn, wie das in der westdeutschen Linken so schön heißt, zu „zwangsfeminisieren". Also, wenn man die Imagination hat, aus einem solcherart verunstalteten Text im Kopf einer Rede eines alten Kämpen der westdeutschen Bürgerbewegung zu rekonstruieren, dann sollte man den Text dringend lesen. Durch jahrzehntelange Übung beim Lesen von schlecht redigierten Infoblättern kann ich das und war begeistert - von Wolf-Dieter Narr, aber nicht von der Broschüre. Was man von diesen alten Menschenrechtskämpfern lernen kann, ist Realismus und langer Atem. Bei der heutigen Demonstrationskultur im Dauerlauf geht den Leuten halt allzu schnell die Puste aus.

W. Rüddenklau

Jeden Monat in der graswurzelrevolution Informationen über:

direkte gewaltfreie Aktionen * die Aktualität und Geschichte des gewaltfreien Anarchismus * Widerstand gegen Staat und Krieg * anarchistischen Antifaschismus * gewaltfreie und anarchistische Bewegungen in anderen Ländern * Ökologie, die über Umweltschutz hinausgeht * Aktivitäten gegen Rassismus und Sexismus * TheoretikerInnen des Anarchismus und der Gewaltfreiheit

Jahresabo: 35 DM. Schnupperabo: 10 DM Vorkasse (4 Ausgaben, danach jederzeit kündbare Umwandlung in Abo)

Jetzt am Kiosk:

Über 80x in Berlin und 20x an Bahnhofskiosken (Nachfragen! Wenn nicht im Angebot: ☎ 06221/183907)

GWR * Karlstr. 14a * 26123 Oldenburg

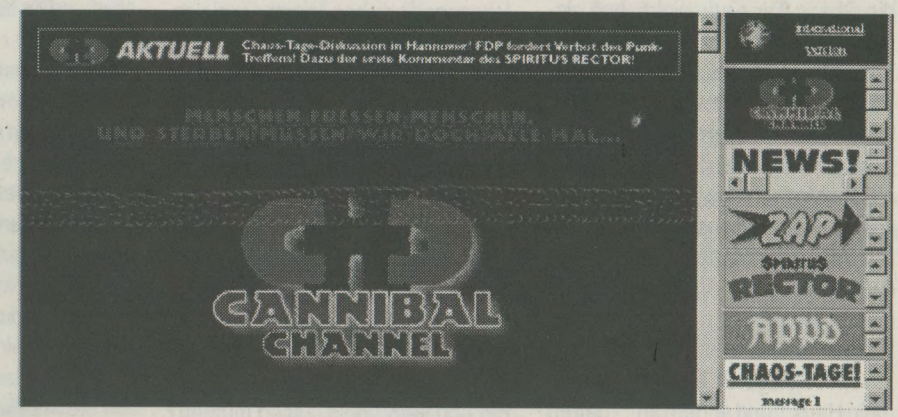
Das Internet muß zensiert werden!

Aus dem zweiten Teil unseres Computer-Interviews - etwa zum Thema "Basisdemokratie und Computervernetzung" wird leider diesmal aus technischen Gründen nichts. Eines dieser 99-Mark-Geräte, die wir in der Redaktion benutzen, hat unbemerkt während des Interviews den Dienst aufgekündigt und so gibt es auf dem zweiten Band nur Geräuschmüll. Ein Anlaß über die Wahrheit des Satzes "Umsonst ist immer am teuersten" nachzudenken. Das Interview wird aber angesichts aktueller Bezüge in jedem Fall im nächsten Heft nachgeholt. Zu einer Zeit, zu den durch politische und wirtschaftlichen Zwänge die bundesdeutschen Medien immer stärker gleichgeschaltet und nivelliert werden (erst letztens wurde das liberal Flaggschiff "Zeit" ausgerechnet an den Holtzbrinck-Konzern verkauft), sind nur die neuen elektronischen Medien noch weitgehend zwangsfrei. Und die Konservativen, die mittlerweile glauben, alle ihre Blütenträume könnten reifen, wollen auch diese Medien in den Griff kriegen.

Wers nicht gelesen hat: Bundesinnenminister Kanther erklärte Mitte April noch einmal, daß er das Internet reglementieren will. Das Internet, meinte Kanther, sei das Medium der Zukunft und von wachsender Bedeutung für Wissenschaft und Forschung. Gerade deshalb müsse dieses Medium vor Mißbrauch besonders geschützt werden. Es könne, so Kanther, nicht angehen, daß über das Internet volksverhetzende Äußerungen und Anleitungen zum Bombenbau verbreitet werden. Sein Ministerium überlege zur Zeit, ob man eher mit rechtlichen oder eher mit technischen Maßnahmen dagegen vorgehen wolle und ob Maßnahmen auf nationaler Ebene ausreichen würden.

In der "Berliner Zeitung", seit dem Abgang Böhmes im Niveau ein gutes Stück selbst unter die "Morgenpost" abgerutscht, fand sich in diesen Tagen ein besonders schlecht recherchierter und dummer Artikel über die Vorbereitungen "der Autonomen" auf den 1. Mai. Besonders dämlich war die Bemerkung, die Autonomen würden mittlerweile über das Internet Nachrichten austauschen. Vielleicht war ja eines der Offline-Netze, die internationalen Newsbretter oder e-mail gemeint. Aber die haben ursächlich jedenfalls nichts mit dem Internet zu tun. In der Ausgabe der "Berliner Zeitung" vom 27./28.4. versuchte man den Berliner Innensenator Schönbohm als Zeugen für den zusammengeschriebenen Mist zu gewinnen und Schönbohm apportierte brav: "Wir haben Hinweise darauf, daß über das Internet und andere Kanäle versucht wird, die linke Szene zu mobilisieren und nach Berlin zu holen."

Um den Zeilenschindern aus der "Berliner Zeitung" ein wenig aufzuhelfen, im Folgenden so etwas wie eine autonome Homepage im Internet: Die Internetzeitschrift "CHC" unter der Internetadresse "http://www.cyberado.co.uk/CHC/" will über unterdrückte Nachrichten im Zusammenhang mit den wieder bevorstehenden Hannoveraner Chaostagen berichten. "Liebe Kollegen!", heißt an die Adresse der "Medienpisser", "Wir sind nicht länger bereit, Euch allein das Monopol auf eine bluttriefende und sensationshungrige Berichterstattung zu überlassen! In diesen Dingen sind wir einfach BESSER als Ihr, und deshalb solltet Ihr in regelmäßigen Abständen mal hier reinschauen. Vielleicht sind wir ja gerade Dingen auf der Spur, die Ihr bisher nicht einmal wahrgenommen habt?!" Der "Contact Spiritus Rector" gibt in einem schreiend bunten Layout, das wir uns als Papierzeitschrift einfach nicht leisten können, einen Kommentar zum Besten, den wir im Folgenden abdrucken.



DER SEELENMÜLL EXPLODIERT

RATLOSES WARTEN AUF DIE CHAOS-TAGE!

Daß die Chaos-Tage im August wieder einmal die Schlagzeilen beherrschen werden, ist nichts Neues - wohl aber, daß 13 Wochen vorher schon das große Flattern einsetzt! Was wird geschehen, wenn wieder einmal riesige Horden marodierender Punkrocker und -rockerinnen ins schöne Hannover einfallen? Was kann man tun, um den totalen Terror zu verhindern, mit dem sie in der gekannten Weise die niedersächsische Landeshauptstadt überziehen werden?

Anstatt endlich einmal Polizei, Justiz und Lagerleitung genügend Spielraum für die Lösung der Punkerfrage zu überlassen, gabs am vergangenen Mittwoch eine Podiumsdiskussion. Unter der Leitung von NDR-Schwätzerin Hanna Legaitis gaben sich Oberstadtdirektor Jobst Fiedler, Heiko Geiling von der Universität Hannover, der Leitende Polizeidirektor Peter Eggerling, Pastor Schwarzrock von der Luthergemeinde sowie einige andere armselige Sozialarbeiterwürste ein Stelldichein, um stirnfaltenwerfend das große Thema, das Hannover bewegt, zu diskutieren.

Was haben sich diese armen Schweine beklagt und bejammert: Ratlosigkeit auf allen Gesichtern und bittere Tränen ob der Tatsache, daß sich die Chaos-Tage von nichts und niemandem lenken und steuern lassen und zudem ausgerechnet IN HANNOVER stattfinden. Wieso nicht wie gehabt in Los Angeles oder wenigstens in Berlin? Da bleiben Schutt und Asche auf der Mattscheibe und landen nicht vor der eigenen Haustür! Warum muß das Image der Stadt darunter leiden, daß Hannover als "Austragungsort für die sozialen Probleme in den großen Städten" herhalten muß?

"Heiliger St. Florian -verschon mein Haus, zünd andere an!" - getreu diesem Motto sind sie sich alle einig, von links bis rechts, vom Stammtisch bis zum Lokalpolitiker. Die Welt mag Scheiße sein, aber vor den Folgen möchte man doch ganz gerne verschont bleiben. Erst recht im friedlichen Hannover.

Aber in der Auswahl der Mittel machen die Damen und Herren natürlich schon Unterschiede. Die Linken möchten ein irre duftes Happening mit feiernden Punkrockern - am besten VOR den Toren der Stadt -, wohingegen die Polizei jeden Tag mit Stoßgebeten die Verabschiedung des neuen Polizeigesetzes herbeisehnt. Wieder einmal ziehen irgendwelche Althippies die Phrase von den "sozialen Problemen" aus dem Sack, die man endlich mal lösen müsse. Und solange das nicht geschieht, müsse man eben die "Toten Hosen" einkaufen, um die Punks solange zuzulärmen, bis sie besoffen umfallen.

Sie übersehen in ihrer vollkommenen Ahnungslosigkeit, daß die "Toten Hosen" auf den Chaos-Tagen keine drei Akkorde unbeschadet überstehen würden, sobald sie die ganze Nummer als Riesen-Spektakel im Dienste der Stadt aufziehen würden. Aber glücklicherweise sind da die "Toten Hosen" schlauer - die würden sich niemals aufs so ein lebensgefährliches Abenteuer einlassen!

Andere Träumer glauben, mit einer angemeldeten Demo "gegen Sozialabbau" dem Punks einen legalen Aufenthaltsraum verschaffen zu müssen. Haben sie denn schon vergessen, wie sie bei den Chaos-Tagen 1984 mit ihrem verlorenen Häuflein, alle um den Lautsprecherwagen geschart, völlig hilflos mitansehen mußten, wie die zusammengepferchten Punks sich von der Polizei attackieren und verprügeln lassen mußten? Und: Wie wollen sie über ein ganzes Wochenende diese Demonstration aufrechterhalten? Sie haben wohl zusätzlich vergessen, daß Chaos-Tage nicht Stunden, sondern TAGE dauern!

Chaos-Tage zeichnen sich dadurch aus, daß sie sich eben NICHT als Massenspektakel begreifen, ob nun als Demonstration oder Festival, sondern als völlig unkoordiniertes Treffen derjenigen, die das große Abenteuer erleben wollen. Und genau deshalb werden Stadt, Polizei und linke Träumer sich auch dieses Jahr wieder volles Brett auf die Schnauze legen.

Denn der entscheidende Fehler bleibt immer der gleiche: Wie gebannt starren sie ausschließlich auf die vergangenen Ereignisse, und sie sind völlig unfähig, auch nur zu ahnen, was dieses Mal auf sie zukommt. Der Preis, den sie dafür zahlen müssen, wird so jedes Jahr ein gewaltiges Stück weiter in die Höhe geschraubt.

1994 noch glaubten die Linken, aus den angekündigte Chaos-Tagen würde eh nichts - Punk ist tot, und früher waren sie ja mal echt dufte - und auch die Polizei leistete sich eine derartige Arroganz.

Die angereisten Punks sollten wie ein paar lästige Fliegen beiseite gewischt werden, und als die sich wehrten, gabs in die Fresse.

Die für ihren Brutalo-Einsatz notdürftig zusammengezimmerte Lüge vom "Schutt- und Asche"-Flugblatt geriet dabei zum Rohrkrepierer: Die Medien stürzten sich wie die Hyänen auf dieses saftige Stück Fleisch und sorgten mit ihren atemberaubenden Blutstories für die Geburt einer Legende. Dabei wäre die Lösung so einfach gewesen: Ein bißchen mehr Gelassenheit, und die Chaos-Tage wären tatsächlich eine ganz normale "Punk-Fete" geblieben.

1995 dann war der Preis schon

höher: Im In- und Ausland hatte der Medienrummel des vergangenen Jahres für eine enorme Mobilisierung gesorgt, aber den wirklich Militanten schien die ganze Sache immer noch zu "unpolitisch" und zu sehr eine einzige langweilige Saufnummer. Mit ein paar Tausend Litern Freibier und ein paar Bands auf einer großen Wiese hätte die Stadt die Chaos-Tage leicht in ein riesiges Festival umfunktionieren können. Das hätte schon ein paar Mark gekostet, aber im Vergleich zu der Kombination aus Sachschäden und Imageverlust, den die Chaos-Tage dann schließlich der Stadt bescherten, wäre diese Summe eher lächerlich geraten.

Leider hatten die Punks aber einen ganz guten Tag erwischt, und als die Polizei mal eben deeskalierenderweise Polizei und Nordstadt von der Punk-Seuche befreien wollte, waren diesmal die Punks am Drücker. Die Polizei kassierte Niederlage auf Niederlage, die Barrikaden brannten.

Mit ihrem völlig konzeptionslosen Verhalten aber sorgte die Polizei in Tateinheit mit den bundesweit amoklaufenden Medien so schließlich dafür, daß jeden Tag mehr Leute - und das waren KEINE Punks!!! - anreisten, die den Bullen immer schon mal ganz gerne was auf die Schnauze geben wollten. So war der Zoff zum Schluß fest in der Hand von Autonomen, Hooligans und Immigranten-Kids. Eine Tatsache, die gern verschwiegen wird.

Und dieses Jahr? Weiß die St-Florians-Front überhaupt, was da auf Hannover zurollt? Natürlich weiß sie es nicht, weil sie wie gebannt auf die Fehler vom letzten Jahr starrt und nun in ihrer grenzenlosen Phantasielosigkeit einfach nur alles Menschenmögliche tun will, damit sich die Ereignisse vom letzten Jahr nicht wiederholen.

Ihr armen Hirne. Es wird keine Wiederholung der Chaos-Tage vom letzten Jahr geben, genauso wenig wie es 1995 eine Wiederholung der 94er Ereignisse gab. Und wieder einmal ist der Preis höher, ja, eigentlich unbezahlbar geworden. Und diesmal wird es auch NICHT helfen, medieneinheitlich die Schnauze zu halten.

Wißt Ihr überhaupt, welche Bombe Ihr letztes Jahr gelegt habt? Die Chaos-Tage 96 werden definitiv NICHT mehr von Punks dominiert werden, sie sind weder durch Polizeigewalt noch durch grüne Konzepte zu befrieden oder gar zu verhindern. Und das weiß JEDER, der wirklich nahe am Geschehen ist. Lest einfach mal die einschlägigen autonomen Zeitschriften, hört Euch bei den Hools im Stadion um (..auch bei der EM 96 in England!), fragt die ganz normalen abenteuerhungrigen Jugendlichen, was sie von Chaos-Tagen halten. Und habt Ihr die Massen von türkischen und kurdischen Kids vergessen, die sich im letzten Jahr in der Hannoveraner Nordstadt einen regelrechten Guerillakrieg mit der Polizei lieferten?

Der Zusammenhalt vom letzten Jahr und die totale Niederlage der Polizei ist den meisten noch sehr gut im Gedächtnis geblieben, und während am ersten Augustwochenende an den Kontrollstellen die trinkfreudigen Punks in Lager abgeführt werden, sind ganz andere Leute in der City unterwegs, um das totale Abenteuer zu suchen.

Ihr werdet sie nicht bremsen können, und das geschieht Euch recht! Denn nicht die Punks oder irgendwelche obskuren bösen Menschen haben die Chaos-Tage angezettelt, sondern IHR wart es! Das Triumvirat aus sensationsgeiler Presse, hilflos-forscher Polizei und blubbernden Politikern hat in jahrelanger Kleinarbeit eine ultra-explosive Mischung zusammengerührt, und die Stadt Hannover wird reiche Ernte halten.

Dieser Sommer wird Geschichte machen. Es wird der Sommer des ungezügelten Aufstands einer Generation werden, die das erwähnte totale Abenteuer lauthals und gewalttätig einfordert. Weder durch politische Politprofis noch Geschäftemacher kanalisiert oder kontrollierbar. Und Ihr Feiglinge werdet jammernd daneben stehen und die Sinnlosigkeit beklagen, wie da Geschäfte geplündert und Polizisten verprügelt werden, und das alles wegen NICHTS.

Aber genau darum geht es. Es geht um das NICHTS, das Ihr in die Köpfe hineingepflanzt habt. Ein NICHTS voll Werbefernsehen und Internet, das nun nach Erfüllung schreit. Eure Spielzeugkiste voller Erfindungen, Geldgier und Informationsterror macht sich nun selbständig und wird zum Monster, das Eure schöne Welt in Stücke haut. Zumindest an diesem Wochenende, zumindest in Hannover. Eine Stadt als Symbol für den amoklaufenden Widerstand, der jeglicher Visionen beraubt ist.

Das habt Ihr nicht gewollt, das hat niemand gewollt. Auch nicht die ganzen Kaputten - seien es nun desolate Altpunks, Junkies und Penner, die ebenfalls die Gelegenheit nutzen werden, ihr Stück vom Kuchen abzukriegen. Aber es findet halt statt, weil zugemüllte Seelen eben eines Tages explodieren. Und sei es bei den Chaos-Tagen in Hannover.

Und wenn es vorbei ist, habt Ihr wieder ein Jahr Zeit, die ganze Welt zu ändern, damit sie sich nicht wie ein Unwetter ausgerechnet über Hannover entlädt. Aber natürlich könnt Ihr sie auch alle erschießen, die ganzen verdammten Chaos-Tag-Besucher.

Contact Spiritus Rector,
Gestaltung: wapy

Einführender Kommentar zum nachfolgenden Artikel

Seit einigen Jahren hatten die bundesdeutsche „Radikale Linke" (wie sie sich gern selbst mit den Worten ihrer Feinde in der Regierung bezeichnet) einen neuen Namen: AABO, Antifaschistische Aktion, Bundesweite Organisation. Erst recht wuchs das Renomee, seitdem Verfassungsschutz und Bundesanwaltschaft die federführende Gruppe Antifa(M) in Acht und Bann getan haben und die AABO verdächtigt wurde, einen verfassungsfeindlichen Zusammenschluß darzustellen. Mangels sonstiger eigener Inhalte ist man nämlich in der westdeutschen Radikalen Linken in den letzten Jahren dazu übergegangen die Bewegungen und Ideen für wichtig zu halten, die Staat und Polizei gerade besonders gefährlich finden. Umso überraschender mutet es an, daß unser Stalinismusverdacht gegen die AABO jetzt von einer Gruppe geteilt wird, die sich noch 1994 in einem Interview mit uns als eifrigste Verfechterin der AABO gab. Die Berliner Gruppe FelS (.....) ist aus der AABO ausgestiegen. Wir müssen zugeben, daß es uns mit einer gewissen Genugtuung erfüllt, daß die FelS als Begründung für ihren Austritt jetzt die Gründe anführt, die sie damals, in „telegraph" Nr. 2/94 lebhaft bestritten hatte. Wir hatten damals der AABO den Versuch der Gründung einer neuen linken Partei unterstellt, die zudem nicht einmal im Ansatz die Lehren aus den letzten hundert Jahren sozialistischer Parteiengeschichte zu ziehen versucht. Daß die Motive von FelS für eine verbindliche Organisierung der außerparlamentarischen Linken ehrenhaft und in sich logisch sind, war für uns schon damals im Interview erkennbar. Aber wie sagen es die FelS-Leute in ihrem Papier: *"Es gibt anscheinend in diesem Land nur ganz wenige Menschen, die eine linksradikale Kritik an Partei- und Avantgardekonzepten teilen, und gleichzeitig eine verbindliche Organisierung befürworten."* Im Folgenden ein Nachdruck der Erklärung

Wir machen in der AA-BO nicht mehr mit

- FelS zu Antifaschistischen Aktion-BO und zu den Organisationsansätzen -

der Gruppe FelS aus ihrem Infoblatt "Arranca":

Nach fast zweieinhalb Jahren Mitarbeit haben wir beschlossen, uns von der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation zu trennen. Die Entscheidung war nicht leicht gemacht, ihr sind lange Diskussionen und zahlreiche Versuche, an der AA/BO etwas zu verändern, vorhergegangen. Ein besonders wichtiges Argument gegen die Trennung von der Antifa-Organisation war die Tatsache, daß die Geschichte von FelS eng mit der Organisationsdiskussion in der undogmatischen, radikalen Linken der BRD seit 1990 verbunden war. Zunächst hatten wir 1992-94 versucht, uns themenübergreifend, also unabhängig von Antifa, mit anderen linksradikalen Gruppen im Bundesgebiet zu organisieren. Als dieser Versuch im Frühjahr 1994 scheiterte (siehe Arranca Nr.4), konzentrierten wir uns ausschließlich auf die Mitarbeit in der AA/BO, dem -wie wir damals behaupteten „relevantesten Organisationsansatz in der radikalen Linken". Wenn wir jetzt zu einer sehr viel kritischeren Einschätzung der AA/BO kommen, dann hat das mit einer langwierigen Entwicklung zu tun. Unsere Schwierigkeiten mit der BO sind nur zu verstehen, wenn man sich die Grundlagen des Projektes FelS in Erinnerung ruft. Dieser Artikel ist also mehr als eine Auseinandersetzung mit der AA/BO, er ist vor allem eine kritische Aufarbeitung von 4 Jahren Organisationsansatz.

Von der Kritik der Autonomen zur Organisationsdebatte

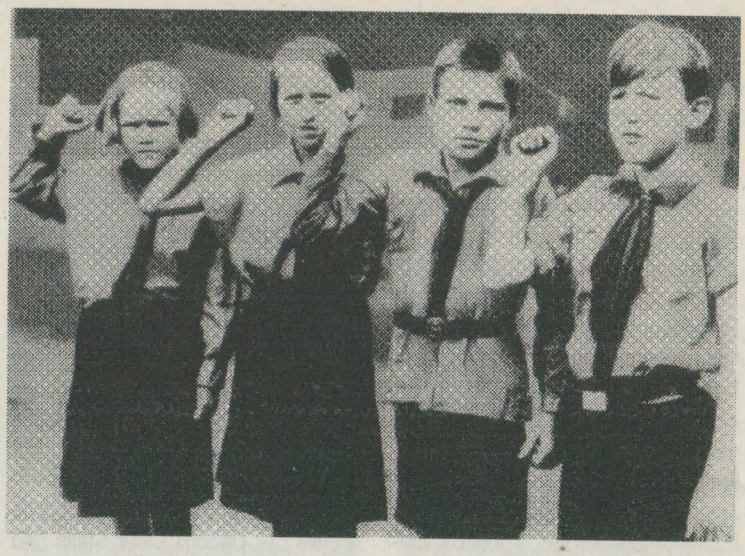
Schon lange vor der Gründung unserer Gruppe trugen einige eine mehr oder minder klare Kritik an der autonomen Bewegung mit sich herum. Im Verlauf des Jahres 1991 zeigte sich die desolate Situation der BRD-Linken immer deutlicher. Der allmähliche Zusammenbruch des realen Sozialismus hatte zur Annektion der DDR geführt, der politische Mainstream ging weltweit spürbar nach rechts, die außerparlamentarischen Bewegungen präsentierten sich so schwach wie seit Anfang der 60er Jahre nicht mehr, das kulturelle Milieu, in dem die radikale und autonome Linke aktiv gewesen war, zerfiel.

Vor diesem Hintergrund erschien uns das Festklammern an den immer gleichen Ritualen und Politikformen zunehmend absurder. Im Sommer und Herbst 1991 diskutierten deswegen einige von uns eine zusammenfassende Kritik an den Autonomen. Diese Papiere wurden vor allem von einer Person erarbeitet, die sich in der Debatte das Synonym Heinz Schenk gab und heute weder mit FelS noch mit außerparlamentarischer Politik allgemein etwas zu tun hat Aber diese Entwicklung macht die Kritik von damals nicht hinfällig.

Weil FelS zunehmend mit einem einzi-

gen Anliegen - der Organisationsfrage - in Verbindung gesetzt wurde, wollen wir an dieser Stelle noch einmal die wichtigsten Punkte unserer damaligen Diskussion zusammenfassen. Für uns war und ist die Organisationsdiskussion nämlich nur die notwendige Grundlage, um inhaltliche Positionen neu zu bestimmen. Unsere inhaltliche Kritik bezog sich auf folgende Punkte:

- zunächst (siehe der Text „Wir sind doch kein Kampagnenheinz") das Fehlen politischer Kontinuität: in der autonomen Bewegung gab es kaum kontinuierlich arbeitende Gruppen, die Mitglieder der Szene sammelten sich je nach Kampagne neu und mußten so jedesmal von vorne diskutieren : Eine längerfristige Strategie wurde fast nie entwickelt. Eine Ausnahme bildeten gelegentlich WGs oder Arbeitskollektive, die jedoch einen abgeschlossen Charakter besaßen.
- Bewegungsfixierung und Beschränkung auf Themenbereiche: die autonome Linke zeigte sich immer nur als radikaler Teil der Bewegungen (AKW, -Anti-Nato, Antifa). Die Aufgabe der Linken, nämlich Bewegungen inhaltlich zu verbreitern und organisatorisch zu verlängern, wurde viel zu wenig erkannt. Natürlich gibt es positive Ausnahmen, aber diese veränderten am Problem nichts: Die autonome Linke kettete sich krampfhaft an Bewegungskonjukturen: läuft viel, macht man viel, gibt es eine Krise, macht man wenig. Das halten wir für völligen Quatsch.
- Die Abgrenzung vom Rest der Gesellschaft: linksradikales Bewußtsein war und ist vom Blick auf den eigenen Bauchnabel bestimmt, nach dem Motto: „Wir sind die Guten, da ist die Gesellschaft". Die Grenze wurde meistens subkulturell gezogen, die „Normalos" erkannte man schon am Äußeren. Die Absicht, „die" Gesellschaft anzusprechen oder sogar zu verändern, war nur selten zu bemerken, man gab sich mit Nischen zufrieden.



- Unverbindlichkeit, Vereinzelung und versteckte Hierarchien: in dem subkulturellen Milieu, das wir als „Szene" bezeichneten, waren die politischen Beziehungen locker und unverbindlich. Natürlich gab und gibt es auch hier Solidarität, aber die Strukturen der Szene an sich förderten dies nicht. Gleichzeitig gab es versteckte und daher kaum angreifbare Hierarchien.
- Geschichts- und Theorielosigkeit: weit verbreitet war die Ablehnung gegenüber theoretischen Diskussionen. Unangenehm verband sich dies mit einem Militanzfetisch. Die Abziehbildchen von „tobenden Riots" von Caracas bis Berlin-Keuzberg ersetzten die Auseinandersetzung mit politischen Inhalten.

Unser Anliegen 1991 war es, Inhalte und Praxis neu zu bestimmen. Wir waren der Meinung, daß sich die radikale Linke (in diesem Fall nicht nur die Autonomen) überholt hatte, daß es notwendig sei, neue Grundlagen zu schaffen. Es ging uns z.B.:

- um eine bessere Vermittlung der eigenen Politik durch eine anders gestaltete Öffentlichkeitsarbeit; um die Ausweitung des politischen Horizonts; wir wollten internationale Verhältnisse, kulturelle Bewegungen, den Alltag in dieser Gesellschaft usw. stärker berücksichtigt wissen; - um soziale Bindungen in der politischen Bewegung, die nicht nur auf Freundschaft aufbauen müssen, aber von Verbindlichkeit und Respekt bestimmt sind. Allgemeiner: um den Ausbruch aus der Phantasielosigkeit, wonach radikale Politik =Szene=Demonstration= punkige Musik ist. In dieser Hinsicht haben wir nicht alles verdammt, was es bis dahin gegeben hatte: die IWF-Kampagne zum Beispiel (die allerdings nicht allein von Autonomen gestaltet und durchgeführt wurde) hatte viele Momente, die nach vorne wiesen.

Wir waren und sind der Meinung, daß es nicht Aufgabe der radikalen Linken sein kann, auf die nächste Bewegung zu warten, um dieser dann jahrelang hinterherzuweinen. Die Linke muß Kontinuität herstellen und dafür muß sie sich organisieren. Nur auf diese Weise ist es möglich, Erfahrungen weiterzugehen, Strategien zu entwickeln, Debatten zu fahren und Konsequenzen daraus für die Praxis zu ziehen.

Auf der anderen Seite ist die

„Organisation um der Organisation willen" (also um z.B. einen starken Namen zu besitzen) für uns nie ein Ziel gewesen. Der Vorwurf, wir würden eine Partei gründen wollen, die wie eine starre Hülle über die Linke gestülpt werden sollte, war deswegen von Anfang an unberechtigt. Uns ging es um eine inhaltliche Neubestimmung nach der Krise der außerparlamentarischen Bewegungen, des traditionellen Antiimperialismus und des sozialistischen Lagers. Bei unserer Organisationsdiskussion war uns immer klar, daß es eine Eigendynamik von Bürokratisierung, Formalisierung und Repression in Organisationen gibt. Wir haben deswegen lange über die Entstehung marxistisch-leninistischer Avantgardeparteien diskutiert, die Anfang der 70er vor allem aus der StudentInnen-Bewegung hervorgingen, und deren Entwicklung wir nicht wiederholen wollten.

Der Eintritt in die AA/BO und die weitere Entwicklung

Zur gleichen Zeit, als wir in Berlin eine Organisationsdebatte lostraten, gab es in der bundesweiten Antifa-Koordination eine Diskussion um klarere Strukturen, aus der schließlich 1991/92 die AA/BO hervorging. Obwohl dies eine klassische Teilbereichsorganisierung war, fanden wir den Ansatz sehr gut; einmal weil auf der Grundlage praktischer Zusammenarbeit ein breiterer Organisationsprozeß in Gang gebracht werden sollte, zum anderen weil der Ansatz zu einer Zeit entstand, als in der Linken überall davon geredet wurde, aufzugeben. Die AA/BO mag dabei ihre Rolle manchmal überschätzt haben, aber sie war mit Sicherheit ein positives Zeichen gegen den linken Zerfall.

Als Anfang 93 der Teil der Antifa-Gruppen, die stärker für eine Teilbereichsorganisierung und weniger für eine politische Organisation plädiert hatten, aus der AA/BO austraten, glaubten wir, daß eine inhaltliche Verbreiterung (über Antifa hinaus) möglich sei. Im Sommer 93 wurde dies von der AA/BO ausdrücklich so formuliert und deswegen sind wir der BO als Nicht-Antifa-Gruppe beigetreten. Schon nach drei Monaten unserer AA /BO-Mitarbeit kam es allerdings zum ersten Zusammenstoß mit den meisten anderen Gruppen. Es ging um den Eintritt der Gruppe RAI, deren Politik wir aus Berlin kannten und deren Positionen wir als stalinistisch bezeichnen. Die Gruppe orientiert sich an den historischen KPs, bezieht sich positiv auf die Politik der UdSSR unter Stalin und verteidigt das gesamte Programm der stalinistischen Industrialisierung (von den Massenumsiedlungen und der Zwangsarbeit bis hin zu den Moskauer Prozessen und der Liquidierung der Opposition).

Nun kann man dies wie die meisten BO-Gruppen als historische Ereignisse abtun, die mit aktueller Politik nicht viel zu tun haben. Genau diese Haltung entspricht aber dem, was wir oben als Geschichts- und Theorielosigkeit der Autonomen beschrieben haben. Eine befreite Gesellschaft oder auch nur eine starke linke Bewegung kann es nur dann wieder geben, wenn aus der Geschichte Konsequenzen gezogen werden. Und das bedeutet für uns, daß revolutionäre Politik nicht mit brutalen Zwangsmaßnahmen gegen die Bevölkerung oder die linke Opposition einher gehen kann.

Die AA/BO-Gruppen wollten der Argumentation gegen die RAI nicht folgen. Das lag unserer Meinung nach an folgenden Gründen: durch einen teilweise unverantwortlichen Umgang unsererseits mit einem Verratsvorwurf gegen ein Mitglied der RAI konnte die Diskussion innerhalb der BO nur mühsam sachlich geführt werden. Weiterhin war bei den meisten BO-Gruppen kein Interesse an einer inhaltlichen Auseinandersetzung vorhanden, hinzu kam, daß die RAI ihre Dokumente immer wieder nur *als „nicht von allen getragene AG-Papiere"* darstellten. Die BO-Gruppen vertraten daraufhin mehrheitlich, daß es keine inhaltliche Kriterien für die Mitarbeit in der BO gebe, aus diesem Grund müsse man die RAI aufnehmen. (Möglich gewesen wäre ja auch, eine Entscheidung über den Beitritt so lange aufzuschieben, bis inhaltliche Gemeinsamkeiten geklärt gewesen wären). Es war praktisch eine politische Bankrotterklärung: wir haben außer der Gegnerschaft zu deutschem Staat und Nazis- keine inhaltlichen Gemeinsamkeiten. Auf dieser Grundlage kann man sich auch mit türkischen Nationalisten oder der Spartakist-Arbeiterpartei organisieren.

Weil wir an einer inhaltlichen Diskussion und Klärung interessiert waren, versuchten wir, die uns wichtigen Themen in die AA/BO einzubringen, begannen mit Antifa-Arbeit und beteiligten uns an den gemeinsamen Aktivitäten.

Um der Forderung nach einer inhaltlichen Positionsbestimmung Rechnung zu tragen, wurde in der AA/BO schließlich eine „Programm-AG" eingerichtet. Gleichzeitig wurde argumentiert, durch Diskussionen im Rahmen von Kampagnen und Demonstrationen würden an konkreten Beispielen inhaltliche Positionen bestimmt. Unserer Meinung nach wurden dadurch jedoch nur fehlende inhaltliche Gemeinsamkeiten überbrückt und die Differenzen traten erneut ans Tageslicht.

Im November 1993 wurde eine Kampagne zum 9. November durchgeführt, die sich gleichzeitig auf die Revolution 1918, auf die Progrome 1938 und die sogenannte Wiedervereinigung 1989 bezog. Der AA/BO-Mehrheit ging es darum, die Geschichte des Widerstandes in Deutschland nachzuzeichnen. Es sprach für die inhaltliche Ver-

fassung der BO, daß der Einwand von älteren AntifaschistInnen, durch die Neubesetzung des 9. Novembers werde eine „Geschichtsrevision von links" vollzogen, nicht einmal diskutiert wurde. Der Vorwurf dieser AntifaschistInnen lautete, daß durch den Hinweis auf die Revolution 1918 die Erinnerung an die faschistischen Massenpogrome am 9. November 1938 beiseite gewischt wurden. Die Linke würde damit dazu beitragen, die Shoa vergessen zu machen. Wir finden diese Kritik nicht unbedingt richtig; gerade um den Faschismus und großdeutsche Vorstellungen bekämpfen zu können, müssen wir an die Widerstandsgeschichte anknüpfen. Trotzdem wäre es nötig gewesen, auf diese Kritik ernsthaft einzugehen, schließlich gibt es eine lange Geschichte des linken Antisemitismus.

Am Ende machte jede Gruppe ihre „eigene" Kampagne: die Antifa (M) und die meisten anderen Gruppen arbeiteten zur Revolutionsgeschichte 1918-23. Wir bezogen uns auf die nationalistische Wende und die „Normalisierung der deutschen Geschichte", die 1989 eingeleitet wurde. Zu 1938 war von der AA/BO wenig zu hören

Das nächste einschneidende Erlebnis war der Kaindl-Fall, der sich von November 1993 bis Ende 1994 hinzog. Wegen des Todes des Nazi-Funktionärs Kaindl wurden elf Leute wegen „gemeinschaftlichen Mordes" verfolgt, darunter eine Frau von uns. Obwohl die meisten einzelnen BO-Gruppen unsere Solidaritätskampagne in ihren Städten unterstützten, und wir die Zusammenarbeit mit einigen sehr gut fanden, gelang es der AA/BO weder in diesem noch in anderen Fällen, ein gemeinsames, offensives Vorgehen gegen die Repression zu entwikkeln..

Ausgesprochen unsolidarisch fanden wir das Verhalten der anderen Berliner BO-Gruppen im Kaindl-Fall. Verglichen mit den Aktivitäten anderer Gruppen tendierte ihre Mitarbeit in der Solidaritätskampagne gegen Null.

Dies war Ausdruck der politischen Differenzen: von den anderen Berliner Gruppen wurde unsere Position zur Prozeßstrategie, zu dem Verratsvorwurf gegen die Jugendlichen und unser Demonstrationskonzept für die bundesweite Demo im Mai 1994 abgelehnt. Zusammenfassend kann man sagen, daß wir erstens kollektiv abgesprochene Aussagen im Verfahren für vertretbar hielten (wenn dadurch die Abwesenden nicht belastet würden), daß wir zweitens die zwei inhaftierten Jugendlichen nicht als Verräter brandmarken wollten (weil von ihrem Verhalten im Prozeß vieles abhing und wir sie außerdem nichts als Hauptschuldige betrachteten) und daß wir drittens für eine Öffentlichkeitsarbeit außerhalb der radikalen Linken und der Antifa- Gruppen plädierten. Von den Berliner BO-Gruppen hingegen bekamen wir wenn überhaupt- nur zu hören, daß eine Kampagne für totale Aussageverweigerung gemacht, der Verrat der Jugendlichen angegriffen und die Öffentlichkeitsarbeit viel radikaler werden müsse.

Hinsichtlich der Demo im Mai 1994 wurden wir auch aus dem Bundesgebiet scharf kritisiert: Man warf uns Reformismus und übertriebene Zurückhaltung vor, weil wir uns gegen einen schwarzen Block und gegen die Deklarierung der Demo als AA/BO-Initiative ausgesprochen hatten. Damit wurden zwei grundsätzliche Widersprüche zur Politik der meisten BO-Gruppen offensichtlich: Die Frage, inwieweit man breit getragene Aktionen für sich in Beschlag nehmen darf und welchen realen Inhalt die zur Schau gestellte Kampfbereitschaft (als schwarzer Block) besitzt.

Diese Diskussion fand natürlich auch andersherum statt: Gegenüber den Göttinger Demo-Initiativen wurden wir im Verlauf des Jahres 1994 immer skeptischer, d.h. wir mobilisierten nur halbherzig. Wir bezeichneten das Konzept des „Schwarzen Blocks" in der augenblicklichen Situation für eine sinnentleerte Weiterführung des autonomen Militanzfetischs.

Natürlich gibt es auch positive Erfahrungen. Die von Antifa-Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet getragene, aber wesentlich von der AA/B0 initiierte Kampagne im August 1994 gegen den Nazi-Aufmarsch in Wunsiedel war ein echter Erfolg. Die Nazis wurden in ihren Heimatorten unter Druck gesetzt und die Pressearbeit in Bonn ermöglichte es, die Inhalte der Antifa zumindest teilweise breit zu vermitteln. Aber das ist eben nur ein Punkt in unserer AA/BO-Einschätzung. Weitere Ereignisse, die unsere kritische Meinung bekräftigten, waren die Aktionen zu den Wahlen im Oktober 1994 und dem 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

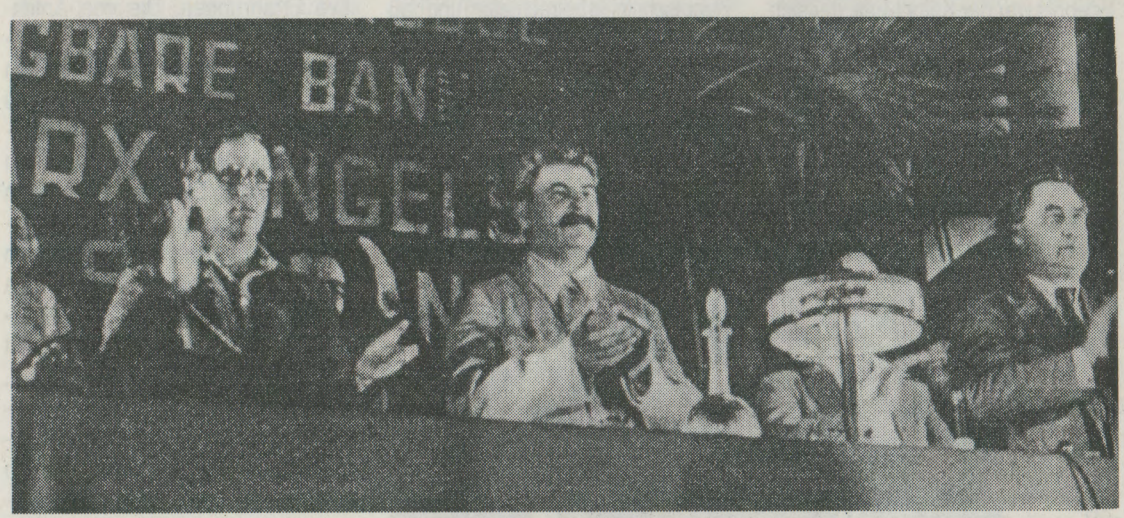
im April/Mai 1995. Beide Anlässe fanden wir wichtig, aber inhaltlich falsch gefüllt. Die Position zu den Wahlen im Herbst 1994 entsprach plattester Analyse: Das Parlament als Marionettenstadl des Kapitals. Die Demonstration in Bonn war dann nur noch ein Lacherfolg, der an finsterste K-Gruppen-Zeiten erinnerte. Knapp 200 Organisationsmitglieder defilierten in der Hauptstadt. Zu verantworten haben wir das gemeinsam, aber es zeigt, wie wenig sich die BO von der oben kritisierten Bauchnabelschau der autonomen Linken entfernt hat. Während es vorher die Subkultur war, bezog man sich nun auf die Organisation.

Auch der April/Mai 1995 präsentierte sich mit unglaublichen Peinlichkeiten. Auf großen roten Plakaten mit dem AA/BO Emblem wurde in Berlin und Hamburg anläßlich des 50. Jahrestag der deutschen Niederlage der Befreierin -der Roten Armee- gedacht. Kein Wort über die Säuberungen, über den Hitler-Stalin-Pakt, über den Verrat von jüdischen PartisanInnen durch die Kominform, über den Ausverkauf der Guerilla-Armeen in Jugoslawien, Griechenland und Italien durch Moskau.

Unsere Bemühungen, klärende Auseinandersetzungen über solche Streitpunkte innerhalb der AA/BO herbeizuführen, scheiterten. Die seit 1993 dauernde Diskussion um eine inhaltliche Programmatik wurde immer wieder abgebrochen, weil dies *die Organisation spalten könnte*" Außerdem erschwerten der sehr unterschiedliche Wissensstand der einzelnen Gruppen -der uns jedoch nicht unüberwindbar schien - sowie entgegengesetzte Auffassungen über die Notwendigkeit theoretischer Auseinandersetzungen die Diskussionen.

Besonders deutlich hat sich dies bei unserem Interview mit den Berliner AA/BO Gruppen im Herbst 1994 gezeigt. Unsere Absicht war es, mit dem Arranca-Gespräch die politischen Unterschiede zwischen den vier Berliner Gruppen diskutierbar zu machen. Nach langen Vorbereitungen und klaren Absprachen erklärte A&P während des Interviews, daß sie nichts sagen wollten, weil die Veröffentlichung den Konflikt weiter polarisieren würde. Wir fanden es hingegen sehr wichtig, wie in dem Interview die Unterschiede transparent wurden. Wir und andere Gruppen forderten daraufhin erneut die inhaltliche Diskussion anhand einer Grundlagen- oder „Programm"-Diskussion in der BO. Von Anfang an war klar, daß dies möglicherweise zu einer Trennung der Gruppen führen könnte, was wir allerdings nicht als negativ empfanden: es muß zwar in Bündnissen und Organisationen die Bereitschaft da sein, trotz gewisser Differenzen eine gemeinsame Linie mitzutragen, aber genauso muß die Linke als Grundlage auch Kriterien für die Zusammenarbeit definieren. Schließlich wollten wir kein loses Antifa-Bündnis, in dem von den Jusos bis hin zur KPD-ML und der autonomen Kiezgruppe alle mitmachen, sondern eine offene und breite Organisation, die sich über politische Gemeinsamkeiten definiert.

Um den für uns sehr wesentlichen Streitpunkt „Verhältnis zur realsozialistischen Geschichte" zu klären, organisierten wir im Sommer 1995 ein BO-Seminar zu dem Thema. Dies wurde von den meisten BO-Gruppen erneut ignoriert, uns wurde „Polarisierung" vorgeworfen. Bei dem Seminar taten sich zwischen uns und der RAI Abgründe auf. Die Gruppe verteidigte sogar noch die Moskauer Schauprozesse der 30er Jahre. Wir sind nicht bereit, solche Positionen mit Leuten



DAS PODIUM BEGRÜSST DIE DELIGIEGATION MOSKAUER ARBEITER. Die Deligation moskauer Großbetreibe wurde stürmisch willkommen geheißen. - Im Presidium von links: Campbell, Stalin, Dimitroff

zu diskutieren, mit denen wir organisiert sind. Darüber hinaus hat das Nicht-Verhalten der anderen BO-Gruppen gezeigt, daß inhaltliche Klärungen in der AA/BO zu so wesentlichen Fragen nicht möglich sind, weil sie (um der Einheit willen) nicht gewollt werden.
Dieser Eindruck hat sich noch einmal bestätigt, als im Herbst 1995 eine gemeinsam zusammengestellte, aber noch nicht diskutierte Thesensammlung für die Grundlagendiskussion von der BO-Mehrheit für bedeutungslos erklärt wurde, weil die dort angesprochenen Punkte mit der konkreten Antifa-Arbeit angeblich nichts zu tun hätten.
Darüber hinaus ist im Herbst 1995 die Zusammenarbeit der Berliner BO-Gruppen auch offiziell aufgekündigt, als ein durchaus spaßiger Brief der Berliner A&P verschickt wurde, in dem allen anderen Berliner BO-Gruppen mangelnde Bereitschaft zur Zusammenarbeit, Widersprüchlichkeit, Unverbindlichkeit sowie Unfähigkeit zu und das Versagen in der praktischen Arbeit vorgeworfen wurde. Außerdem nannte sich die Gruppe eigenmächtig in Antifaschistische Aktion-Berlin um und beanspruchte ein Alleinvertretungsrecht.

Nach diesen Ereignissen dürfte klar sein, daß es für uns keine inhaltliche und politische Grundlage gibt, die eine gemeinsame Organisierung rechtfertigen würde, und daß diese in der bestehenden Zusammensetzung auch nicht zu erarbeiten ist.

Was wir an der AA/BO nicht mehr mittragen können

Die AA/BO ist eine klassische, recht verbindliche Teilbereichsorganisierung, wie es sie in den 80er Jahren schon mehrfach gab. Themen, die nicht mit Antifa zu tun haben, sind kaum durchzusetzen. Die politische Analyse bezieht sich fast ausschließlich auf den Ausgangspunkt Faschismus. Die AA/BO hat damit zwar eine unbestrittene Berechtigung als bundesweite Antifa-Koordination (also eine Teilbereichsorganisierung), aber sie verliert den für uns maßgeblichen und im Sommer 1993 formulierten Anspruch: die Ausweitung auf andere politische Felder. - der Geist in der AA/BO ist ganz offensichtlich von der Meinung geprägt, daß der Zusammenschluß mehrerer Gruppen -egal auf welch dürftiger inhaltlicher und praktischer Grundlage- eine starke Organisation ausmacht. Deswegen hat man panische Angst vor inhaltlichen Diskussionen, die die bestehenden Differenzen bestätigen könnten und eine Klärung unvermeidbar machen würden. Eine unhinterfragte Effizienzorientierung bestimmt die Treffen, es müssen immer scheinbar kon-

"DER KONGRESS IST ERÖFFNET!" Blick in den Säulensaal des Gewerkschaftshauses, der dem Kongreß als Tagungsort dient. Riesenporträts von Marx, Engels, Lenin und Stalin schmücken die Stirnewand über dem Präsidium.

krete Ergebnisse vorweisbar sein. - dem entspricht das Bedürfnis nach einem geschlossenen, starken, einheitlichen Außenbild, wie es bei tragenden BO-Gruppen gängig ist. Der fetischisierte schwarze Block, die Vertuschung interner inhaltlicher Differenzen und die unbedingte Abschottung tragender BO-Gruppen nach außen sind Ausdruck dieser Haltung. Um jeden Preis wird ein oberflächliches Gefühl von Stärke und Gemeinsamkeit konstruiert.

- das, was an realer Übereinstimmung nicht vorhanden ist, wird durch Formalien zu überwinden versucht. Immer stärker entwickelt sich die AA/BO in diese Richtung: die in den Einsatzbroschüren formulierten Anforderungen werden stereotyp durchgegangen, wer sie erfüllt, kann mitmachen. Inhaltliche Positionen verlieren dadurch gegenüber oberflächlichen Mitgliedschaftskriterien an Bedeutung. Außerdem wird auch die innere Struktur der BO durchformalisiert: Mehrheitsbeschlüsse ersetzen zunehmend die Konsenssuche. Mit vielen Gruppen teilen wir keine politischen Ziele außer der Gegnerschaft zu Staat und Nazis. Das, was wir als Errungenschaften der Neuen Linken nach 1967 begreifen (die Kritik der autoritären kommunistischen Parteien, die Erarbeitung feministischer und antirassistischer Politik, die Abkehr von einem Antiimperialismus, bei dem bedingungslos alle Gegner unserer Feinde unterstützt werden, etc.), wird von vielen der anderen Gruppen nicht geteilt.

- der persönliche Umgang hat sich spürbar verschlechtert, was einerseits mit den politischen Widersprüchen, andererseits aber auch mit der Effizienzorientierung der AA/BO zu tun hat. Schnell werden Koalitionen gebildet, um bestimmte Positionen durchzudrücken.

- gemeinsame praktische Initiativen sind kaum noch vorstellbar. Die Demonstration zur Freilassung Mumia Abu-Jamals im Sommer 1995, die wir aufgrund ihrer Breite und Lebendigkeit für erfolgreich halten, wird von vielen BO-Gruppen abgelehnt, weil es keinen Beitrag der AA/BO gegeben habe, die anderen Reden zu moderat und das Auftreten der Demo insgesamt zu wenig militant gewesen seien.

- Die Durchsetzung unserer Inhalte würde den Kampf gegen den Willen der Mehrheit der BO-Gruppen bedeuten. Unsere Erfolge in dieser Richtung waren recht gering, obwohl wir zeitweise den größten Teil unserer Anstrengungen in die BO-Arbeit steckten. Das hat unsere Arbeit in Berlin behindert. Wir haben festgestellt, daß wir mit manchen Nicht-BO-Gruppen einfacher und produktiver zusammenarbeiten können.

- Einige wichtige BO-Gruppen haben einen klassisch „politischen" Blick auf die Dinge. Nicht die Stärkung sozialer Bewegungen von unten ist das Ziel, sondern in erster Linie die Stärkung der eigenen Gruppe. In dieser Hinsicht liegt der Schwerpunkt auf Bündnissen mit politischen Gruppen, Medienpräsenz und dem Dazugewinnen neuer Leute. Diese Punkte sind zwar wichtig und legitim, aber sie sind nicht das bedeutendste. Letztendlich muß es uns immer um die Stärkung von Bewegungen der Linken als Ganzem gehen.

Eine Einschätzung von unseren Organisationsversuchen und dem Projekt FelS

Nach dem Scheitern unserer bundesweiten Organisationsversuche haben wir unsere Geschichte Revue passieren lassen. Wir sind der Meinung, daß wir politisch spürbar gewachsen sind. Wir haben den Repressionsschlag im Kaindl-Verfahren, die Nervereien im Zusammenhang mit unseren angeblichen RAF-Kontakten und den Druck einer kritischen Szene gut ausgehalten. Von der in der Heinz-Schenk-Debatte geäußerten Kritik haben wir einiges eingelöst: wir haben als Gruppe kontinuierlich gearbeitet, Praxis und Theorie verbunden, uns strategische Ziele gesetzt. Wir haben uns nicht auf ein Thema fixiert, sondern arbeiten sehr breit: zu Antifa/Antirassismus, Frauen, Internationalismus und sozialem Widerstand. Viele von uns sind darüber hinaus als Einzelpersonen noch anderswo aktiv und wir macht die Arranca, über die wir viele Kontakte geknüpft haben. Mit unserer Ausrichtung sind wir ein ganzes Stück von der autonomen Nabelschau weggekommen, die die gesellschaftlichen Verhältnisse nur am Rande wahrnahm. (In diesem Zusammenhang muß man allerdings sagen, daß die Szeneorientierung in der Linken insgesamt nachgelassen hat. Ausgemachte Szene-Kneipen haben sich für ein anderes Publikum geöffnet, mit dem Zerfall der Subkultur sind viele radikale Linke in die „Gesellschaft zurückgekehrt".) Soziale und politische Unverbindlichkeit oder Hierarchien gibt es natürlich auch bei uns, aber anders als in einer meist diffusen Szene finden in festen Gruppen Auseinandersetzungen darüber statt.

Als Gruppengründung waren wir also erfolgreich, bei dem Ziel bundesweiter Organisation ganz offensichtlich nicht. Dies hat damit zu tun, daß die Organisationsfrage immer mit den realen Bedingungen in einem Land, d.h. für uns konkret mit der Verfaßtheit der undogmatischen, radikalen Linken in der BRD zusammenhängt.

Im Prinzip müßte es zwar jeder/m einleuchten, daß wir die Gesellschaft nicht als vereinzelte Individuen oder unverbindliche Kleingruppen verändern werden, sondern nur über kontinuierliche Arbeit an uns, unserem direkten Umfeld und den politischen Verhältnissen. Genau diese Einsicht aber ist in der BRD-Linken im Moment anscheinend nicht möglich. Es gibt offensichtlich nur zwei Optionen in der radikalen Linken: die undogmatische Hälfte schwört auf wenig verbindliche Szenestrukturen, die OrganisationsbefürworterInnen wärmen bürokratische, formale Lösungen auf Es gibt anscheinend in diesem Land nur ganz wenige Menschen, die eine linksradikale Kritik an Partei- und Avantgardekonzepten teilen, und gleichzeitig eine verbindliche Organisierung befürworten. Mit denen einen teilen wir inhaltliche Positionen, mit den anderen die Vorstellung verbindlicher Arbeitsstrukturen.

Das haben wir falsch eingeschätzt: Nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus waren wir überzeugt davon, daß sich klassische ML-Rezepte erledigt hätten und zumindest in der radikalen Linken Einigkeit darüber besteht, daß aus der kommunistischen Geschichte Lehren gezogen werden müssen. In der Wirklichkeit ist dieses Verständnis weniger durchgesetzt als wir gedacht hatten. Die Vorstellung einer Organisation mit Mitgliedschaft, Kassenwart und Zellenleitung, die Effizienzorientierung und Vertuschung interner Diskussionen, die (unbewußte) theoretische Orientierung am plattesten vorstellbaren Marxismus, all das ist immer noch verbreitet.
Auf dieser inhaltlichen Grundlage wollen wir uns nicht organisieren, aber wir geben deswegen unser Projekt nicht auf. Wir konzentrieren uns jetzt mehr auf regionale Bündnisse, auf das Ansprechen neuer Leute, auf die Zusammenarbeit anhand konkreter Projekte, ohne deswegen unser langfristiges Ziel -eine organisierte, radikale Linke- aufzugeben. Es gibt einen schönen Satz, der da heißt, eine RevolutionärIn braucht immer zwei Eigenschaften: Begeisterung und unendlich viel Geduld.

In diesem Sinne werden wir weitermachen. Wir sind an dem Kontakt, der Diskussion und Zusammenarbeit mit anderen Gruppen weiterhin interessiert. Vielleicht müssen wir einfach lernen, einen anderen Rhythmus zu gehen. Auch mit den BO-Gruppen wollen wir von wenigen Ausnahmen abgesehen weiterhin zusammenarbeiten. Unsere Kritik bedeutet keine Feindschaft, die Tatsache, daß wir unterschiedliche politische Vorstellungen haben, heißt nicht, daß wir nicht in gemeinsamen Projekten arbeiten können.
In diesem Sinne:

LA LUCHA SIGUE!!

FelS

SICH FÜGEN HEISST LÜGEN

Verschiedene Diskussionsbeiträge zur kritischen, solidarischen Auseinandersetzung mit Erich Mühsam in einer Broschüre zusammengefaßt:

Kurt Wafner:
Stationen meines Lebens mit Erich Mühsam
Gregor Hause:
Mein Weg mit Erich Mühsam
Hubert van den Berg:
Zur Kontroverse zwischen Erich Mühsam und Gustav Landauer über die sogenannte Freie Liebe
Thea A. Struchtemaler:
Erich Mühsams Auseinandersetzung mit Homosexualität als Ausdruck einer Patriarchatsdebatte zwischen 1903 und 1930
Siegbert Wolf:
Zur Freundschaft zwischen Erich Mühsam und Gustav Landauer
Uli Klan:
Politisches Handeln und Literatur

Buchbroschüre, DIN A5, 127 Seiten, 1993, 12 DM

Ich bestelle gegen Vorkasse:
☐ Einzelbestellungen 9,00 DM,
☐ Sammelbestellung (25%Rabatt) jeweils inkl. Versand

Meine Anschrift:

Zahlart:
☐ Scheck ☐ Überweisung

Bestellungen über:
Erich-Mühsam-Kreis
c/o COLPO
Kreuzbergstr. 43
10965 Berlin
Fax: 030/7859181

Quo vadis Antifa ?

Mit dem Verbot von diversen faschistischen Organisationen 1992/93 schlug das deutsche Innenministerium zwei Fliegen mit einer Klappe. Zum einen verbannte man die Neonaziszene, die zuvor billiges Instrument zur Durchsetzung eines verschärften Asylgesetzes darstellte und nun eher lästig wurde, von der Bildfläche und Demonstrierte gegenüber der besorgten Weltöffentlichkeit, daß man alles im Griff hätte und die Demokratie nicht gefährdet sei. Außerdem wurde etwas erreicht, was mit Repression nie zu schaffen war: der Zusammenbruch der Antifa-Szene. Denn das Dilemma der Antifa war nun, daß ihnen der Staat plötzlich das Feindbild genommen hatte. Die Politik der meisten Gruppe bestand bis dahin im wesentlichen aus einem Reagieren auf Aktivitäten der Neonaziszene. So bestanden die alljährlichen Highlights der Antifa in Gegendemos, Blockaden, Schutzaktionen, die sich jeweils an Aktionstagen der Nazis orientierten: 30. Januar, 20. April, Wunsiedel, Passau, Halbe etc., etc.

Mit dem Verschwinden der Naziszene von der Bildfläche brach die große Ratlosigkeit in der Antifa aus. Durch die zunehmende Konspirativität der Nazis wurde zudem der Informationsstand immer dürftiger. Man verlor den Überblick.

Hinzu kam, daß das Interesse der Öffentlichkeit zunehmend abnahm. Den Menschen im Lande war es ausreichend, daß das Bild vom kahlschädligen, bomberjackentragenden Nazideppen aus der Öffentlichkeit verbannt war. Daß die meisten Faschisten unter Wahrung der Konspirativität weiter arbeiten und ihre organisationsübergreifende Zusammenarbeit stetig weiter betreiben, wurde nicht gesehen und war kaum von Interesse. Einen nicht unwesentlichen Anteil an dieser Blindheit hat die bürgerliche Presse, die nach den Verboten allgemeine Entwarnung signalisierte.

Mittlerweile entwickelt sich die Situation der Antifa-Szene zum Debakel. Gruppen, die sich auf spezielle Nazigruppierungen wie zum Beispiel der FAP eingeschossen hatten, wissen nun nach dem Verbot dieser nicht mehr, was sie machen sollen. Im Land Brandenburg zum Beispiel, wo noch

1993 Gruppen wie Pilze aus dem Boden schossen, um sich der offenen Repression durch die Nationalistische Front und ihren Folgeorganisationen „Förderwerk Mitteldeutsche Jugend" (FMJ) und „Direkte Aktion/Mitteldeutschland (JF)" zu erwehren, tritt man seit Längerem auf der Stelle.

War es 1992/93 in breiten Kreisen der linksradikalen Szene plötzlich schick Antifa-Arbeit zu betreiben, ist den damaligen Hyperaktivitäten mittlerweile allgemeines Desinteresse gewichen. Als der deutsche Staat begann offen gegen die lästig gewordenen Faschisten vorzugehen, war es vielen Antifas zufrieden. Statt sich nun zum Beispiel mit dem staatlichen Rassismus gegen Nichtdeutsche zu befassen, zogen sich die Aktivisten zurück.

Aber auch Gruppen, die seit Jahren kontinuierlich Antifapolitik betreiben, wissen nicht was zu tun ist, denn man weiß auch in diesen Gruppen nicht mehr wo der Gegner ist, geschweige denn, was er macht und plant.

Auch im Zeitungsbereich sieht dies nicht anders aus: Unzählige kleine und kleinste, meist regional angesiedelte Antifa-Blätter stellen ihr Erscheinen ein oder spielen mit dem Gedanken. Selbst das überregionale „Antifaschistische Infoblatt" aus Berlin, eine der wichtigsten und bedeutendsten Antifa-Fachzeitschriften, wackelt. Geldmangel und eine gefährlich zusammengeschmolzene Leserschaft stellen die zunehmend kleiner werdende Redaktion vor immer größere Probleme. Zeitgleich mit unserer Notausgabe veröffentlichte auch das „Antifaschistische Infoblatt" einen Hilferuf.

Ein weiteres Problem ist, daß alteingesessene Gruppen an Überalterung leiden. Es wird immer schwerer, jüngere Leute für kontinuierliche Antifa-Arbeit zu begeistern und sie für länger als ein bis zwei Jahre in den Gruppen zu binden. Selbst bei Jugendgruppen, wie den Edelweißpiraten, tritt das Problem auf, daß sich Mitglieder, die altersbedingt ausscheiden, ins Privatleben zurückziehen und nicht in andere Gruppen überwechseln.

Kurz und gut: es liegt im Argen mit der Antifa. Beszeichnend ist, daß genau zu der Zeit, in der selbstorganisierte Antifagruppen zunehmend in die Krise taumeln, dogmatische, hierarchisch organisierte Gruppen an Bedeutung und leider auch an Zulauf gewinnen. So müssen sich die meisten Berliner Antifas mit dem Dilemma auseinandersetzen, daß die neuerdings in Antifaschistische Aktion unbenannte AABO-Gruppe A&P mittlerweile zur mitgliederstärksten Antifa-Gruppe herangewachsen ist (man spricht von 50 Aktiven, was für normale Gruppenstrukturen mehr als überdurchschnittlich ist, die Edelweispiraten mal ausgenommen) und auch offen die Führungsrolle in Berlin und seit einiger Zeit auch im Land Brandenburg beansprucht. Mit der zunehmenden Tatenlosigkeit der übrigen Gruppen ist die Antifaschistische Aktion leider auch drauf und dran, durch ihre auf Öffentlichkeitshascherei ausgerichteten Militanzfetischismus und ihre Schnellschuß- und Kampagnenpolitik ohne Tiefenwirkung und Zukunftsorientierung, die angemaßte Monopolposition zu erreichen und gerade in ungestümen und zunehmend theoriefeindlichen Schüler- und Jugendkreisen zunehmend Anhänger zu gewinnen.

Ein weiteres Phänomen ist, daß mit dem Verlust der gängigen Feindbilder nun zunehmend Feinde in den vermeintlich eigenen Reihen, bei den Linken gesucht werden. In der sowieso schon immer „pseudokommunistisch" angehauchten Antifa wird neben der stets liebevoll gehegten Theorie des „Sozialfaschismus" der „Anti-Anarchismus" gepflegt: der Versuch, Protagonisten anarchistischer oder undogmatischer Auffassungen in die Nähe des Faschismus zu rücken und sie der Paktiererei mit diesem zu bezichtigen. Hier soll zum einen die Kampagne gegen Silvio Gesell und seine Freiwirtschaftsteorie erwähnt sein, dem man Ökofaschismus, Rassismus, Sexismus, völkisches Denken und was weiß nicht

noch alles unterstellte. Gerade diese Kampagne erlebte im letzten Jahr eine jähe Renaissance, die quer Beet von allen Gruppen aufgegriffen und übergreifend betrieben wurde. Eine Neuauflage dieser Hetzkampagne kann man in der Ausgabe der etablierten überregionalen Antifazeitschrift „Der rechte Rand" erhalten. In einem Aufruf, in dem die Autoren appellieren auf keiner Ebene mit Faschisten zu kommunizieren, wird darauf hingewiesen, daß immer wieder linke Leute den Dialog mit Faschisten suchen. Als historischer Beleg wird unter anderem behauptet, daß schon der anarchistische Humanist Erich Mühsam in den 30er Jahren den Dialog mit den Faschisten suchte. Als Beweis werden nach altbewährter Manier aus dem Zusammenhang und dem historischen Kontext gerissene Sätze aus Mühsams Zeitschrift „Fanal" angeführt.

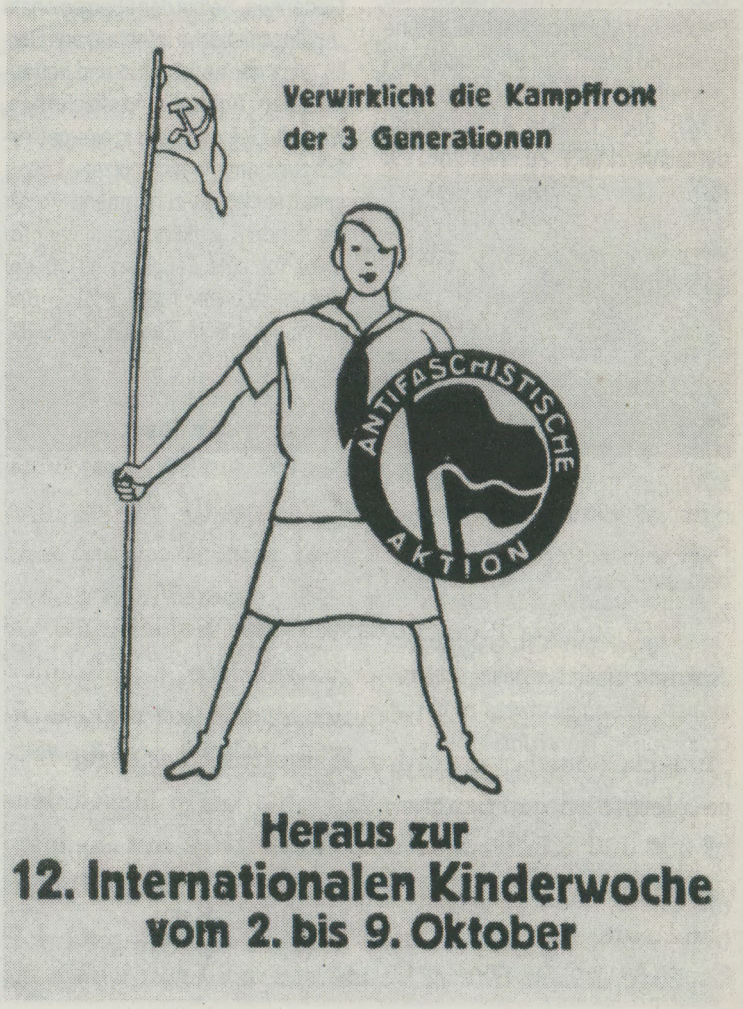
Derartige inquisitatorische Hetze ist nicht nur lächerlich, sondern hat eine böse Kontinuität. Schon im Spanischen Bürgerkrieg wurden die anarchistischen und trotzkistischen Milizen von der kommunistisch beherrschten republikanischen „Volksarmee" unter dem fadenscheinigen Vorwurf der Kollaboration mit den Faschisten entwaffnet und unzählige Milizionäre eingesperrt und abgeschlachtet.

Es ist schon erstaunlich, wie schnell sogenannte Antifas Sündenböcke für ihre diversen Unfähigkeiten suchen und immer wieder finden. Und wie immer wieder versucht wird, über den Faschismusvorwurf vermeintliche „Nebenbuhler" auszuschalten. Und besonders natürlich, wenn es in den eigenen Reihen nicht so gut läuft.

Fazit: Die Antifaszene taumelt. Während sich der eine Teil langsam darauf vorbereitet, schlafen zu gehen, holt ein anderer Teil die alten RFB-Uniformen raus, kramt die eingestaubten, verbeulten Schalmeien wieder hervor und läßt olle Teddi Thälmann zum 110. Geburtstag hochleben, wie letztens im 3.-Welt-Laden BAOBAB geschehen, wo sich die AABO, speziell die stalinistische „Rote Antifaschistische Initiative" unter dem Tarnnamen „Roter Geschichtsarbeitskreis" einschlich und unter den Augen der etwas peinlich betroffenen BAOBAB-Mitarbeitern (die bis auf einige Ausnahmen erst an jenem Abend begriffen was sie sich schon wieder für ein Ei ins Nest haben legen lassen), eben diesen deutschen Stalinisten hochleben ließen.

Doch man sollte die Hoffnung nicht ganz aufgeben. Immerhin gibt es noch viele gute und aktive Streiter in der Antifa-Szene, die die alltägliche wichtige Arbeit machen. Bleibt zu hoffen, daß wir bald, wie unser aller Kanzler immer gern sagt, die Talsohle durchschritten haben. Bis die Leute wieder merken, daß einfache Raster untauglich und kontinuierliche politische Arbeit mühsam aber unerläßlich ist, dürfen die verbliebenen Antifas die Zähne zusammenbeißen und dreifache Arbeit tun.

D.Wolf



FRANKREICH IM DEZEMBER: EINE REVOLTE DES VERSTUMMENS

Haben wir die letzten großen Kämpfe der Gewerkschaften gesehen?

Das alt gewordene Herz des Klassenkampfs schlug noch einmal höher: Paris schien einen Mai '68 im Dezember zu erleben. Der Mythos des großen Streiks wurde wiederbelebt, und nirgendwo anders als in Frankreich konnte die Erinnerung an die historischen Massenkämpfe noch einmal eine derart reale Kraft entfesseln. Es wurde ja wirklich zeitweise ein ganzes großes Industrieland lahmgelegt, „alle Räder standen still", und mitten in der Routine eines stumpfen Alltags und in der sozialen Wüste der totalen Konkurrenz brachen fast schon vergessene Gefühle und Handlungsmuster auf, wie sie sonst nur noch bei Naturkatastrophen zu finden sind: Solidarität, die Empfindung der Gemeinschaftlichkeit, Kompetenzen der organisatorischen Improvisation, Spontaneität und die Begeisterung des Kampfes gegen eine stumme und verhängnisvolle Kraft. Denn die autistische Regierung Juppé wird als eine soziale Naturkatastrophe erlebt, deren Fähigkeit zur sozialen Kommunikation nicht größer ist als die eines Erdbebens oder einer Feuersbrunst - eine Eigenschaft freilich, die sie mit den meisten gegenwärtigen Regierungen in der Welt teilt, die mehr und mehr im Namen der falschen „Naturgesetze des Marktes" den gesellschaftlichen Diskurs abgebrochen haben.

Es ist bekannt und entspricht den Traditionen der großen nationalen Revolution, daß in Frankreich die Geister der Revolte gegen den Staat leichter als anderswo erwachen. Während in Deutschland, wie ein alter Witz sagt, selbst die ultra-radikalen Revolutionäre vor der Erstürmung des Bahnhofs eine Karte kaufen, gehen in Frankreich sogar Normalbürger und biedere Familienväter im Stil von jugendlichen Straßenkämpfern „auf die Barrikaden". Und dennoch ist es eine Unwahrheit, wenn einige ergraute Marxisten, die in den letzten Jahren selber stumm geworden waren und nichts dazugelernt haben, jetzt am Beispiel Frankreichs noch einmal die Morgenluft des alten Klassenkampfs zu wittern glauben und auf eine Wiederholung des Pariser Mai von 1968 hoffen. Denn trotz aller Besonderheiten der nationalen Geschichte und des nationalen Bewußtseins können sich auch die Franzosen der neuen globalen Konstellation von Ökonomie und Politik nicht entziehen.

Eine Revolte, die keinen historischen Horizont der gesellschaftlichen Veränderung mehr hat und die sich kein offensives Ziel mehr setzen kann, ist nicht nur zum Scheitern verurteilt; sie wird auch keine tiefe Spur in der Geschichte hinterlassen. Wie es in dieser Hinsicht um den Pariser Dezember bestellt ist, kann leicht gezeigt werden: das Verhältnis von Konservativen und Progressiven, von Rechten und Linken, von Regierung und sozialer Opposition hat sich geradezu auf den Kopf gestellt. Der große Begriff der sozialen Reform ist nicht mehr progressiv, sondern konservativ besetzt. Er steht nicht mehr für soziale Verbesserungen, sondern für die Rückkehr zum brutalisierten Manchester-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Nachdem sie den Begriff der sozialen Reform in sein Gegenteil verkehrt und mit antisozialen Inhalten besudelt hat, kann die Regierung den Gewerkschaften und sozialen Verbänden mit einem beispiellosen historischen Zynismus vorwerfen, diese seien „unfähig zur Reform". So verhält es sich heute nicht nur in Frankreich, sondern überall in der Welt. Die Linken erscheinen als konservativ, die Gewerkschaften streiken für die Erhaltung alter Besitzstände, und die scheinbar wiedererweckten Gefühle der Solidarität und der Begeisterung beziehen sich merkwürdigerweise auf die Hoffnung, „daß alles so weitergehen soll wie bisher".

Was ist das für eine Revolte, die nur noch den status quo einer vergreisten Gesellschaftsordnung ohne geschichtlichen Horizont verteidigt? Gewiß, in der großen Streikbewegung des Dezember hat die Mehrheit der Franzosen ihre eigene Angst vor dem Verlust der Zukunft wiedererkannt. Obwohl es kein wirklicher Generalstreik war, sondern in der Hauptsache ein Kampf für die sozialen Privilegien von Staatsbeamten, waren die Sympathien der Bevölkerung auf der Seite der Streikenden. In dieser Hinsicht ist die Rechnung der Regierung nicht aufgegangen. Der Effekt eines „indirekten Generalstreiks", verursacht vor allem durch den Streik bei allen öffentlichen Verkehrsmitteln, hat trotz Chaos, Zusammenbruch des normalen Alltags und schwerer Beeinträchtigung des Lebens nicht den Volkszorn gegen die Streikenden geweckt, sondern im Gegenteil die allgemeine Solidarisierung. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben stellvertretend für die anderen französischen Lohnarbeiter gehandelt. Trotzdem war die Solidarität in Wahrheit

keine ungeteilte, und in einer entscheidenden Hinsicht hat sie sich selbst dementiert. Denn wenn „alles so weitergehen soll wie bisher", dann impliziert diese Haltung, daß die Millionen von Arbeitslosen, Obdachlosen und „neuen Armen", die es auch in Frankreich gibt, letzten Endes aus der Solidarität ausgegrenzt bleiben. Es geht dabei sicher nicht um die unmittelbaren gewerkschaftlichen Forderungen, sondern um die Frage, ob eine große Streikbewegung wie diese in der Perspektive einer sozialen Emanzipation erscheinen kann, die über den Anlaß des direkten Konflikts hinausgeht und langfristig auch die vom System bereits ausgestoßenen Menschen erreicht. Eine solche Perspektive hatten die Streiks des Pariser Dezember aber nicht im geringsten. Gegenüber den bereits „Herausgefallenen" sind die Gewerkschaften ebenso stumm, wie die Regierung Juppé ihnen gegenüber stumm ist.

Diese implizite Begrenzung der Solidarität, über die niemand gerne spricht, ist aber gleichzeitig die Schwäche der gewerkschaftlichen Legitimation. Dabei wird eine eigenartige Dialektik sichtbar. Für sich genommen haben die Gewerkschaften nie etwas anderes vertreten als die partikularen Interessen von einzelnen Branchen und Berufsgruppen. Aber durch die Konzepte des Sozialismus gewannen diese immanenten Interessen eine Dimension der Transzendenz, die ihnen die Würde des Universellen und der historischen Notwendigkeit verlieh. Nur getragen von dieser Transzendenz, die jeden einzelnen Konflikt in das Licht eines übergeordneten, über den Tag hinaus reichenden Anspruchs tauchte, konnten die Gewerkschaften überhaupt die Konkurrenz unter den Lohnarbeitern vorübergehend aufheben, das Handicap der ungleichen Machtverteilung zwischen ihren Organisationen und der Regierung bzw. dem Management teilweise ausgleichen und nennenswerte Erfolge innerhalb des Marktsystems erzielen.

Dem Apparat der Gewerkschaften waren die transzendenten und angeblich „utopischen" Ansprüche aber immer ein Dorn im Auge. Viele Funktionäre haben vielleicht geglaubt, nach dem Untergang der sozialistischen Ideen und durch die endgültige Akzeptanz der Marktwirtschaft wäre es leichter, pragmatisch zu verhandeln und „ohne ideologische Scheuklappen" etwas herauszuholen. Das genaue Gegenteil ist der Fall. In Frankreich war es gerade der sozialistische Präsident Mitterand, der eine knallharte monetaristische Politik der Austerität durchpeitschte; Chirac und Juppé haben diese Linie nur fortgesetzt. Durch den Verlust der ungeliebten sozialistischen Transzendenz wurde den Gewerkschaften in Wahrheit der letzte Rest ihrer Kraft aus den Knochen gesaugt. Ihre Macht schmilzt zusammen und sie kommen aus der strategischen Defensive nicht mehr heraus. Die Konkurrenz wird immer schneller individualisiert, die Mitglieder verlieren den Glauben an die Organisation und laufen scharenweise davon.

So ist es jetzt paradoxerweise die Regierung, die im Namen eines universellen Anspruchs und mit dem Pathos der historischen Notwendigkeit handelt, auch wenn es nichts als der negative Anspruch ist, die Menschen den blinden Gesetzmäßigkeiten eines verrückten Systems zu unterwerfen. Die Gewerkschaften dagegen haben zusammen mit der grundsätzlichen Kritik der Marktwirtschaft ihren eigenen universellen Anspruch aufgegeben, sie sind gewissermaßen historisch verstummt. Auch in dieser Hinsicht haben sich also die Fronten verkehrt. Der lange Atem der Geschichte scheint auf die Regierenden übergegangen zu sein. Selbst wenn die französischen Gewerkschaften im gegenwärtigen Konflikt noch einmal vorübergehende Erfolge erringen sollten, so haben sie doch strategisch schon verloren.

Der Pariser Dezember ordnet sich daher, weit davon entfernt, ein neuer Mai '68 zu sein, in die lange Reihe der gewerkschaftlichen Rückzugsgefechte seit den 80er Jahren ein. Viele dieser Konflikte hatten etwas Tragisches an sich wie z.B. der soziale Todeskampf der traditionsreichen englischen Bergarbeiter gegen die Regierung von Margaret Thatcher. Aber die Niederlagen sind determiniert, denn es handelt sich um das verzweifelte Aufbäumen einer aussterbenden Gattung. Daß die Franzosen den Schlußpunkt setzen mit dem vielleicht letzten traditionellen Massenstreik der gewerkschaftlichen Geschichte, ist ihr gutes Recht, denn sie haben ja auch zweihundert Jahre zuvor den Anfang gemacht.

Aber auch die Gegenseite kann ihres Sieges auf die Dauer nicht froh werden. Die Lüge eines falschen, historisch entwerteten Begriffs der „Reform" wird sich an ihren Urhebern rächen. Die Regierungen kämpfen ja gar nicht für eigene Konzepte, denn sie haben die Kompetenz für die Zukunft an die „zweite Natur" des Marktes abgegeben; sie sind nicht die Subjekte der Entwicklung, sondern nur die letzten Verwalter des gesellschaftlichen Verhängnisses der Moderne. Die sogenannten Reformen der Juppés überall in der Welt sind ebensowenig „politische Programme" wie die Wettervorhersage oder die Beschreibung des biologischen Verhal-

tens von Insekten. Die soziale Situation schreit, nicht nur in Frankreich, nach einer Alternative jenseits von Marktwirtschaft und staatlichem Sozialismus. Wenn die Gewerkschaften ihre Rolle als historische Verlierer nicht bis zum bitteren Ende weiterspielen wollen, brauchen sie eine neue transzendierende Idee, eine neue programmatische Kompetenz und einen neuen Horizont der gesellschaftlichen Veränderung, um die historische Initiative zurückzugewinnen. Dafür müssen sie sich selber verändern, mit anderen sozialen Basis-Bewegungen zusammengehen und neue Konzepte der sozialen Selbstbestimmung auch außerhalb der Lohnarbeit und außerhalb der sozialstaatlichen Transfers entwickeln.

Es waren in der vergangenen Ära des Sozialismus immer die Intellektuellen, die neue gesellschaftliche Ideen hervorbrachten. Aber auch in dieser Hinsicht hat sich die Welt ins Gegenteil verkehrt: war der Pariser Mai nicht zuletzt eine Revolte der Intellektuellen gewesen, so ist der Pariser Dezember intellektuell verwaist. Die Intellektuellen des Mai '68, Leute wie André Glucksmann oder Bernhard-Henri Lévy, haben die soziale Frage längst vergessen. Sie sind zu Hofnarren geworden, die nur noch den „Eros des Westens" besingen. So hat der Dezember sie überrascht und sie starren ihn wortlos an, stumm wie Juppé. Es zeigt sich jetzt, daß eine Intelligenz ihren Beruf verfehlt und überflüssig ist, die keinen Geist der historischen Opposition mehr besitzt. Erst mit Verzögerung haben sich andere französische Intellektuelle in zwei gegensätzlichen Manifesten zu Wort gemeldet, zugespitzt auf zwei berühmte Namen: Alain Touraine und Pierre Bourdieu. Der Appell der Gruppe um Touraine unterstützt eindeutig den Kern der antisozialen „Reform" von Juppé, auch wenn die brutale und „unsensible" Vorgehensweise der Regierung beklagt wird. Aber Touraine macht sich offenbar vor allem Sorgen, daß Frankreich seine Konkurrenzfähigkeit beim „Eintritt in die liberale Welt" des globalisierten Marktes verlieren könnte. Dieser Pessimismus ist berechtigt, wenn man sich nur noch die Sorgen des Marktes macht und keine Alternative zu den herrschenden Alternativen mehr entwickeln will. Aber dann muß auch Touraine die soziale Frage auf dem Altar des Marktes opfern. Die Formulierungen, die dabei für das soziale Problem noch übrig bleiben, sind jedenfalls keine glaubwürdigen intellektuellen Begriffe mehr. Die große soziale Bewegung des Dezember kann auf diese Weise nur noch als Störfaktor für die kalte „Notwendigkeit" erscheinen: welch ein Verstummen gegenüber den Massen, die einmal der Gott der Intelligenz waren!

Der Appell der Gruppe um Bourdieu versucht dagegen, sich mit den Streikenden zu vermitteln. Aber das geschieht nicht mit eigenen neuen Ideen und als innere Teilnahme, sondern von außen und hilflos. Nach dem Tod der sozialistischen Hoffnung scheint diesen Linken nur noch die Idee der Nation als letztes Konzept gegen die zerstörerische Flut des Weltmarkts übrigzubleiben. In Frankreich haben wir es dabei mit einer besonderen Paradoxie zu tun, denn in diesem Land ist der aufgeklärte Universalismus der bürgerlichen Revolution gleichzeitig eine Tradition des beschränkten Nationalismus. So hoffen die Intellektuellen um Bourdieu, die Rückwendung zum Nationalen werde im Unterschied zu anderen Ländern nicht den Absturz in die ethnisch-religiöse Barbarei vorbereiten, sondern könne, wie es der Soziologe Edgar Morin formuliert, „eine Rückkehr zur republikanischen Identität" unter Einschluß eines sozialen Universalismus bedeuten. Touraine hat tausendmal recht, wenn er diese Flucht zurück in die nationalen Ideen von 1789 für ökonomisch naiv und katastrophal hält. Der westliche Universalismus der Moderne ist irreversibel auf die subjektlose Bewegung des Weltmarkts übergegangen, und das nationale Konzept ist auch in Frankreich nur noch reaktionär. Hinter den Illusionen der pseudo-jakobinischen Intellektuellen steht schon der finstere Rechtsradikalismus eines Le Pen.

Der Pariser Dezember hat schlagartig sichtbar gemacht, daß die Produzenten der Ideen schon seit Jahren streiken, ohne daß man diesen Streik bemerkt hat. Denn die bloße intellektuelle Wiederholung der Logik, die sowieso schon herrscht, ist ebensowenig wie die Flucht in die Vergangenheit eine Idee, nicht einmal ein Gedanke, sondern nur ein Reflex. Seit 1989 produzieren die meisten Intellektuellen nicht kritische Reflexionen, sondern ideenlose Reflexe: sie haben die Geschichte verlernt. Nicht allein in Frankreich haben wir es mit einer Gesellschaft der Stummen zu tun, die sich nicht mehr kritisch verständigen, sondern nur noch instinktiv auf die abstrakten und gespenstischen Leuchtzeichen des geschichtslosen Marktes reagieren. Was immer wir noch an Wiederholungen erleben mögen: Der Pariser Dezember 1995 war das letzte Wort der alten sozialen Bewegung, er war eine Revolte des Verstummens.

Robert Kurz,

Aus "Krisis, Beiträge zur Warenwelt", ein ausführlicherer Artikel zum Bündnis für Arbeit erscheint in Nr. 18.

Bezug über Buchhandlung oder direkt beim Horlemann-Verlag, Postfach 1307, 53583 Bad Honnef

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 6 des 20. Strafverteidigertages (1996):

Strafverfolgungsmaßnahmen gegen KurdInnen

I. Seit dem letzten Strafverteidigertag hat sich die Tendenz zur umfassenden Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden verstärkt; die Grundrechte der Vereinigungs-, Demonstrations,- Meinungs- und Pressefreiheit sind faktisch für alle Kurden abgeschafft, die mit der PKK in Verbindung gebracht werden, manifestiert in den größten polizeirechtlichen Massenfestnahmen der Nachkriegsgeschichte - in Baden-Württemberg sogar vorbeugend über 3 Tage bei mehreren hundert Kurden aufgrund hektographierter Gerichtsbeschlüsse.

II. Mit dem „PKK-Verbot" (korrekt dem Betätigungsverbot für PKK und ERNK) hat die Bundesrepublik Deutschland die politische Auseinandersetzung mit dem kurdischen Unabhängigkeitskampf zugunsten seiner polizeilich/ polizeistaatlichen Unterdrückung aufgegeben. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Kurden sind - mit dem PKK- Verbot bereits erkannte und provozierte - Folge der mit dem Verbot eingeschlagenen Politik, nicht ihre Ursache.

III. Die „konsequente Durchsetzung des PKK-Verbots" führt zur flächendeckenden Erfassung politisch aktiver Kurden mit den Mitteln des Strafprozeßrechts und der Unterbindung der Unterstützung des kurdischen Unabhängigkeitskampfes aus der Bundesrepublik Deutschland heraus mit den Mitteln des Strafrechts.

IV. § 20 Abs. 1 S. 4 VereinsG ist neben § 129a StGB wichtigstes Instrument zur Kriminalisierung politisch aktiver Kurden und zur Rechtfertigung umfassender strafprozessualer Eingriffe in die Rechte von Kurden. Dabei knüpfen das PKK-Verbot und seine polizeiliche wie strafrechtliche Umsetzung zum Teil ausdrücklich an das KPD-Verbot und die hierzu während des „Kalten Krieges" ergangene Rechtsprechung an.

Zwar hat der 3. Strafsenat des BGH in seiner Entscheidung vom 24.01.1996 - dies in eklatantem Gegensatz zur ständigen Eingriffspraxis der Ermittlungsbehörden - bekräftigt, daß allein das öffentliche Verwenden oder Verbreiten von Kennzeichen der PKK oder ERNK nicht § 20 Abs. 1. S. 5 VereinsG unterfallen; er hat jedoch zugleich § 20 Abs. 1 S. 4 VereinsG eine derart uferlose Auslegung gegeben, daß praktisch jede auf PKK oder ERNK bezugnehmende politische Betätigung als Verstoß gegen das Betätigungsverbot des § 18 S. 2 VereinsG erfaßt werden kann. Nach dieser Entscheidung ist verboten jede Handlungsweise, die konkret geeignet ist, eine für die verbotene Vereinstätigkeit vorteilhafte Wirkung hervorzurufen, ohne daß es auf einen tatsächlich eingetretenen meßbaren Nutzen ankäme.

Diese Auslegung des § 20 Abs. 1 S. 4 VereinsG verstößt gegen Art. 5 Abs. 1 GG und das Bestimmtheitsgebot des Art. 103 Abs. 2 GG.

V. In dem Bestreben einer immer umfassenderen Verfolgung der PKK als sog. terroristische Vereinigung kreiert die Bundesanwaltschaft neue Organisationsstrukturen, die sie als terroristische Vereinigung definiert, und setzt sich hierbei auch über bisher in der Rechtsprechung anerkannte Grenzen dieses Tatbestandsmerkmals hinweg. Dies zielt letztlich darauf, die PKK in ihrer Gesamtheit als terroristisch abzuqualifizieren. Dabei ist die Bundesanwaltschaft gezwungen, als Beweismittel zunehmend auf in ihrer Motivation und ihrem Aussageverhalten fragwürdige und von Zeugenschutzprogrammen und Existenzzusagen abhängige Kronzeugen zurückzugreifen.

VI. PKK-Verbot, Verbot von Demonstrationen für das Selbstbestimmungsrecht der Kurden und strafrechtliche Verfolgung der PKK nach § 129a StGB verstoßen gegen zwingendes Völkerrecht. Danach erfüllt der Unabhängigkeitskampf der Kurden gegen die rassistische und koloniale Unterdrückung durch die Türkei die Voraussetzungen eines legitimen nationalen Freiheitskampfes i. S. der UN-Charta und des humanitären Kriegsvölkerrechts.

VII. Eine weitere Eskalation der Auseinandersetzungen zwischen deutschem Staat und Kurden läßt sich nicht durch zusätzliche Gesetzesverschärfungen, ständig zunehmende Kriminalisierung oder ausufernde Ausweisung verhindern. Dies kann allein durch eine Änderung der Politik gegenüber dem türkischen Staat und den die Kurden repräsentierenden politischen Organisationen, einschließlich der PKK, u. a. durch Aufhebung des PKK-Verbots sowie der Wiederherstellung der selbstverständlichen Grund- und Freiheitsrechte der hier lebenden Kurden erreicht werden.

Zu fordern ist daher:

- Stopp der Waffen- und Wirtschaftshilfe für die Türkei - keine Abschiebungen von Kurden - Aufhebung des Verbots kurdischer Vereinigungen - keine Gesetzesverschärfungen bei Ausweisung und Abschiebung - Wiederherstellung der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit für Kurden

* * *

Kuba-Unterstützungskampagne?

Überlegungen für einen Boykott der Rumfirma Bacardi

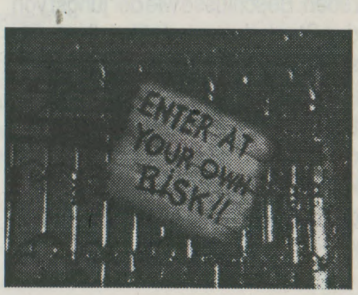
Hauptsächlich von bundesdeutschen Initiativen und Organisationen im Umkreis der DKP wird gegenwärtig für die Unterstützung Kubas mobil gemacht. Die Motivlage dieser in stalinistischer Denktradition stehenden Gruppen dürfte klar sein - für sie geht es um den letzten Posten der dahingeschwundenen realsozialistischen Herrlichkeit. Die Fortdauer der Einparteienherrschaft in Kuba ist sicher nicht unterstützenswert. Aber davon kann bei der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Krise ohnehin keine Rede sein. Längst wird die kubanische Gesellschaft vom Dollar regiert. Wichtige Grundnahrungsmittel gibt es nur noch in Devisengeschäften und ungehindert von den kubanischen Behörden bieten sich Minderjährige gegen Dollar reichen US-Amerikanern an. Spätestens mit dem Tod Fidel Castros wird das Regime zusammenbrechen. Bleibt die Frage, ob das Ende Castros wirklich die Neuauflage der wenig erquickenden Zustände bedeuten soll, die dank der Einflußnahme der USA vor der kubanischen Revolution von 1959 herrschten. Der US-gestützte Diktator Batista entfaltete ein so blutiges Terroregiment, daß den Kubanern schließlich nur noch der Aufstand blieb.

Gegen die gegenwärtig verstärkte Repression der US-Regierung gegen Kuba wenden sich auch zahlreiche Bürgerrechtsorganisationen. Beispielsweise führen vier Pastoren der IFCO, der Pastoren für den Frieden einen Hungerstreik, um die Ausfuhr von 400 gebrauchten Computern für kubanische Krankenhäuser durchzusetzen.

Laut einer Information von E. Jaenicke in SOC/CULTURE/AFRICAN/AMERICAN steht der Bacardi-Clan im Hintergrund der US-Aktivitäten gegen Kuba. Die Firma Bacardi wurde durch die kubanische Revolution enteignet und siedelte sich mit der bekannten Rumfirma in Jamaika an. Sie finanziert propagandistische und terroristische Aktionen und sponserte auch das Einbringen und Verabschieden des sogenannten Helms-Burton-Gesetzes im US-Senat. Laut dem Helms Burton-Gesetz müssen alle Enteignungen, die nach der kubanischen Revolution 1959 vorgenommen wurden, rückgängig gemacht werden, also auch die des blutigen Diktators Batista und seiner Gehilfen. Bis diese Rückübertragung nicht erfolgt ist, soll die US-Blockade gegen Kuba nicht aufgehoben werden. Außerdem wird mit dem Gesetz die offizielle US-Unterstützung von exilkubanischen Gruppen festgelegt.

Jaenicke regt, bisher ohne größeren Erfolg, einen internationalen Boykott der Linken gegen Produkte der Firma Bacardi an.

W. Rüddenklau



Rußlands Blick auf die Osterweiterung der NATO:
Der kurze Sommer einer gesamteuropäischen Friedensordnung?

In den Beziehungen zwischen Rußland und der NATO macht sich wachsende Entfremdung breit. In Rußland, so der Moskauer Analytiker Dmitrij Trenin, „nähert sich das Bild von der NATO unter dem Einfluß der Debatten über die Osterweiterung aber auch der massierten Gewaltanwendung in Bosnien dem Bild jener Allianz, das in der UdSSR in den Jahren des Kalten Krieges existiert hatte.

Obwohl es noch verfrüht wäre, von einer Welle des Antiamerikanismus in Rußland zu reden, kehren der amerikanische Imperialismus und der NATO-Militarismus langsam auf ihre Plätze zurück, die sie in den Vorstellungen nicht nur der Leute und Strukturen gehabt hatten, die traditionell für die Außen- und Verteidigungspolitik verantwortlich waren, sondern auch in der gesamten Gesellschaft."

Mit anderen Vorzeichen ist im Westen ähnliches zu beobachten. Mit jeder weiteren Woche des Krieges in Tschetschenien, der von jenem Teil der Moskauer politischen Elite vom Zaun gebrochen wurde, der aus machtstrategischem Kalkül an einer Restauration und Remilitarisierung der Innen- und Außenpolitik interessiert ist, wächst die Zahl derer, die die Reformen in Rußland für gescheitert erklären und einer Rückkehr zur militärischen Machtpolitik und zum Containment gegen Rußland das Wort reden. Beschlüsse wie der jüngst von der Staatsduma gefaßte, die Auflösung der UdSSR zu widerrufen, wirken nicht vertrauensfördernd. Im Baltikum und in Ostmitteleuropa wächst die Sorge um die eigene Unabhängigkeit und Sicherheit. Das wiederum gibt dem Drang dieser Staaten in die NATO neuen Auftrieb und stärkt in Bonn, Brüssel oder Washington die keineswegs geschlossenen Reihen der Verfechter einer raschen NATO-Ausdehnung.

In Rußland herrscht wie bei keinem zweiten Thema Konsens: Die gesamte Elite aus Politik, wissenschaftlichen Instituten und Medien lehnt die Osterweiterung der NATO als politisch falsch und schädlich ab. Abweichende Stimmen sind an einer Hand abzuzählen. Gleichzeitig interessiert sich die russische Bevölkerung nicht für die NATO. Angesichts der Verarmung breiter Schichten oder über Monate nicht gezahlter Löhne hat sie andere Sorgen. Auf seiten der politischen Elite speist sich die Ablehnung der Osterweiterung aus drei Quellen: Erstens spiegelt sich in ihr die innenpolitische Entwicklung in Rußland seit 1993 wider; zweitens konzentrieren sich in ihr die psychologischen Schwierigkeiten und Widersprüche, das sowjetische Großmachtbewußtsein umzuformen und in Europa und der Welt das Maß an Einfluß und internationaler Akzeptanz zu gewinnen, das der russischen Selbstwahrnehmung entspricht. Drittens reflektiert die Ablehnung eigene außen- und sicherheitspolitische Interessen, die durch die NATO-Osterweiterung als gefährdet angesehen werden. Das war nicht immer so.

Der Wandel der russischen Position

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und dem Ende des Ost-West-Konfliktes schienen die Interessen zwischen Rußland und dem Westen identisch. Die Einbindung in westliche Institutionen sollte die Demokratisierung und den Übergang zur marktregulierten Wirtschaft unumkehrbar machen. Nach dem Wegfall der ideologischen Konfrontation gewann die sicherheitspolitische Kooperation auch mit der NATO eine neue Qualität. Erklärtes Ziel war, gemeinsam eine „neue Friedensordnung" in Europa zu bauen und an einer kooperativen „neuen Weltordnung" mitzuwirken. Da erstaunte es kaum, daß Präsident Jelzin im August 1993 in Warschau verlautbaren ließ, der Entschluß des souveränen Polen, Mitglied der NATO zu werden, sei im Interesse der gesamteuropäischen Integration und widerspreche nicht russischen Interessen. Andere Auffassungen von Verteidigungsminister Gratschow schienen ein Beleg für die nicht austarierten außenpolitischen Entscheidungsprozesse zu sein. Doch in dem Maße, in dem die innere Modernisierung Rußlands ins Stocken geriet und die überhöhten Erwartungen eines ökonomischen Aufschwungs durch die Westorientierung enttäuscht wurden, gewann der innenpolitische Machtkampf an Schärfe. Die Opposition von links und rechts instrumentalisierte erfolgreich die Lage der Auslandsrussen in den ehemaligen Sowjetrepubliken oder den Jugoslawienkrieg, um der Regierung den Verrat an „russischen nationalen Interessen" vorzuwerfen. Auch die Anlehnung an den Westen diskreditiere sie als bloße Unterwerfung.

Schon bald veränderte sich die offizielle Rhetorik des Präsidenten und der Regierung. Seitdem schwankt die russische Außen- und Sicherheitspolitik zwischen einer verbal scharfen Abgrenzung vom Westen - und der mehr oder weniger deutlichen Fortsetzung des kooperativen Kurses mit dem Westen, was in der russischen Öffnung gegenüber dem NATO-Kooperationrat und der Unterzeichnung des Abkommens über die Partnerschaft für den Frieden niederschlägt. Zwei Jahre nach Warschau

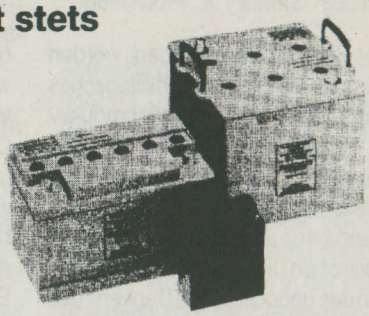
und nur wenige Wochen, nachdem der populäre Ex-General Lebed im Stile Schirinowskis gepoltert hatte, eine Osterweiterung der NATO führe zum Dritten Weltkrieg, weil sie darauf ziele, die Kontrolle über die russischen Rohstoffe zu erlangen, äußerte sich Jelzin ähnlich. Am Rande einer Sondersitzung der Staatsduma zum Krieg in Bosnien meinte er, die Osterweiterung sei geeignet, „das Feuer des Krieges in Europa zu entflammen." Dieser deutliche Ton traf die innenpolitische Stimmung. Und es würde niemanden überraschen, wenn nach dem Wahlsieg der KP im Dezember und im laufenden Präsidentschaftswahlkampf nun anders akzentuierte Töne angeschlagen werden. Die Übernahme konkurrierender Positionen und die Bildung von Bündnissen mit bislang unversöhnlichen Gegnern sind integrale Bestandteile des labilen innenpolitischen Gleichgewichts in Rußland. Hier dient die Osterweiterung der NATO zur Integration und zur Mobilisierung innerhalb der politischen Elite.

Wende zum Denken des 19. Jahrhunderts

Der Zusammenhang zwischen dem Jugoslawienkrieg und der Osterweiterung der NATO ist kein Zufall. Neben der innenpolitischen Entwicklung ist das gekränkte Selbstbewußtsein Rußlands als Großmacht der zweite Schlüssel, um den breiten Konsens gegen die NATO-Osterweiterung zu verstehen. Hier wie da fühlt sich Rußland vom Westen, insbesondere von den USA, ausgegrenzt. Rußland ist nicht bereit, wie Deutschland die Rolle eines Juniorpartners der USA zu spielen. Als größte konventionelle Militärmacht in Europa und zweitgrößte Nuklearmacht der Welt verlangt Rußland beim Aufbau der zukünftigen Sicherheitsordnung Europas ein diesem Status angemessenes Mitspracherecht. Dies sieht Rußland nicht gewährleistet. Daher die Proteste gegen die NATO-Bombardements in Bosnien im Mai 1995, durch die sich die russische Führung bestätigt sah, weil Moskau trotz der Mitgliedschaft in der Bosnien-Kontaktgruppe vorher nicht konsultiert worden war. Daher auch das zentrale Argument gegen die Osterweiterung, sie ziele darauf, Europa in neue Einfluß- und Interessensphären zu teilen und in der Folge Rußland zu isolieren und aus Europa zu drängen. Dieses Argument fällt auf einen fruchtbaren Boden, seit eine spezifische Sicht auf das eigene Land und die Welt im heutigen Rußland mehrheitsfähig geworden ist, die früher nur die sogenannten „Derschawniki"[1] vertraten. Die Rede ist von der Rückkehr des Großmachtdenkens in Militärpotentialen, Einflußgebieten, Pufferzonen oder Sicherheitsgürteln. Die Einsichten der Perestrojka, daß zunächst die schwerwiegenden Strukturdefizite der Wirtschaft und

Keine Anzeige:

Die Einsatzbereitschaft Ihres Panzers ist stets nur so zuverlässig wie seine Batterien.



Sonnenschein Militärbatterien bieten höchste Zuverlässigkeit.

Entwickelt auf Basis der weltweit bewährten und patentierten dryfit-Technologie sind sie:

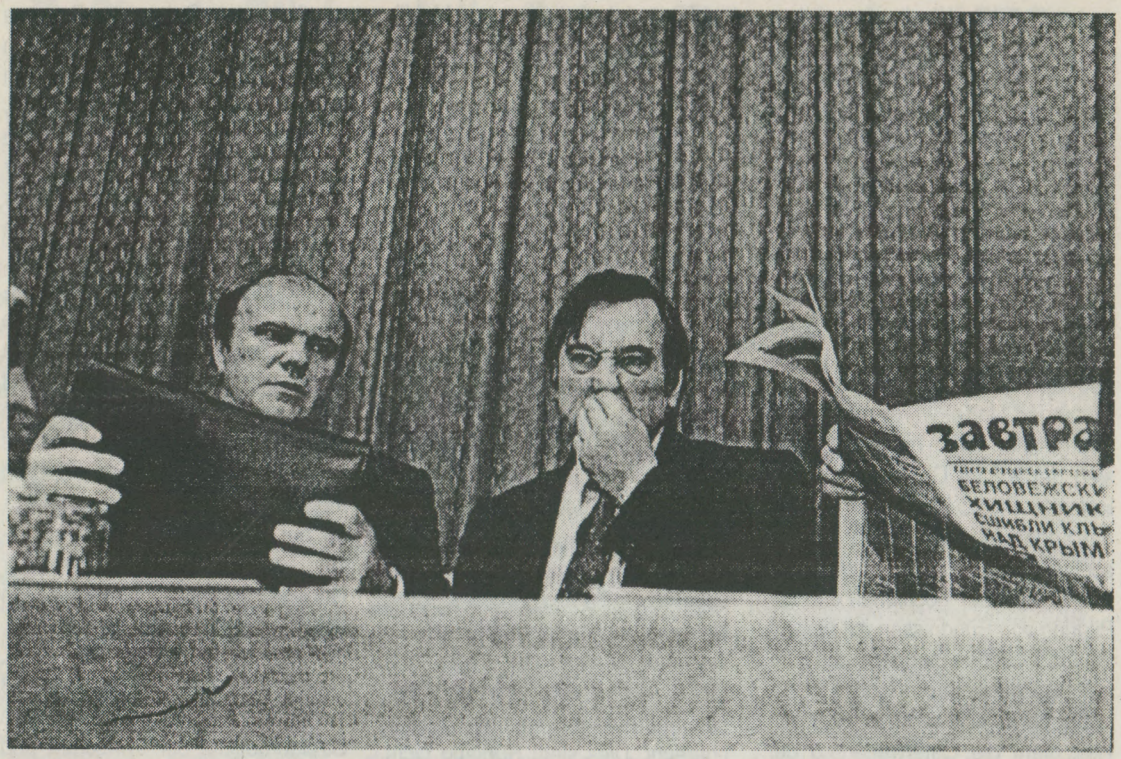
- absolut wartungsfrei
- tiefentladesicher mit langer Lebensdauer
- absolut elektrolytdicht und lageunabhängig
- wiederaufladefähig über das Bordnetz

Militärbatterienprogramm:

12 V/100 Ah	**NBB 248, VG 96924 Teil 9** für Kettenfahrzeuge (z. B. Leopard), schwere Geländefahrzeuge, Kabinen und Marine
30 V/130 Ah	**VG 96924 Teil 5** für Marine
12 V/ 45 Ah	**VG 96924 Teil 3** für PKW
6 V/ 11 Ah	**VG 96924 Teil 8** für Kräder

Accumulatorenfabrik Sonnenschein GmbH, Thiergarten, D-6470 Büdingen, Tel. 0 60 42 / 8 10, Telex 4 184 619

Sonnenschein



Im Russland nach Jelzin wird wohl diese Koalition das Sagen haben: Der Vorsitzende der orthodoxen Kommunisten Sjuganow zusammen mit dem Propagandaminister der russischen Nationalpatrioten und Herausgeber der ultrarechten Zeitung "Sawtra", A. Prochanow.

Gesellschaft überwunden werden müssen und daß hier militärisches Großmachtsdenken kontraproduktiv ist, sind aus dem Denken der herrschenden Elite weitgehend verschwunden. Es handelt sich um eine Wende des außen- und sicherheitspolitischen Diskurses zu den Kategorien des geopolitischen Denkens des 19. Jahrhunderts. In dieser Sicht waren die vergangenen Jahre nicht mehr vom Abstoßen untragbarer ökonomischer Belastungen gekennzeichnet, sondern von Positionsverlusten und Erniedrigungen geprägt: Die UdSSR habe sich aus Ostmitteleuropa zurückgezogen, den Warschauer Pakt aufgelöst, der deutschen Vereinigung im Rahmen der NATO zugestimmt, doch nur der Westen habe davon profitiert. Nach dieser Perzeption bedeutet die Osterweiterung der NATO nun, daß Rußland durch eine Veränderung des strategischen Umfeldes weiter geschwächt wird. Die Rede ist von „sicherheitspolitischen Vakua" in Ostmitteleuropa, die von „Rußland feindlich gesonnenen Kräften" gefüllt würden. In den Worten des Stellvertretenden Verteidigungsministers Andreij Kokoschin: „Viele Menschen in Rußland glauben, daß die Pläne zur NATO-Osterweiterung vom Ansporn getrieben werden, dem Feind des Kalten Krieges den letzten Schlag zu versetzen." Diese Argumente haben zwei Schwächen. Erstens verkennen sie, daß der eigentliche Antrieb der NATO-Osterweiterung von den ostmitteleuropäischen Staaten ausgeht und zu einem nicht unerheblichen Teil vom Interesse motiviert ist, grundsätzlich in westliche Institutionen eingebunden zu werden. Und zweitens klingt der Rückgriff auf geopolitische Kategorien auf Russisch nicht weniger anachronistisch und hohl, als wenn auf Deutsch oder auf Englisch von den Verfechtern der Erweiterung die „Notwendigkeit des Stabilitätsexportes" oder die Beseitigung eines „Machtvakuums" bemüht wird, um die Ausdehnung der NATO nach Osten zu begründen.

Westliche Beschwichtigungen

Die sicherheitspolitischen Bedenken Rußlands gegen die NATO-Osterweiterung sind nicht leicht zu entkräften. Das ist Ausdruck des Dilemmas, das der Ausdehnung der westlichen Militärallianz anhaftet: die Ostmitteleuropäer einzubinden, ohne gleichzeitig russische Interessen zu verletzen. Es scheint, als sei die erst mit der Perestrojka überwundende Spirale der wechselseitig sich hochschaukelnden Bedrohungsperzep-

tionen bereits wieder in Gang gesetzt. Aus der Entstehungsgeschichte des Ost-West-Konfliktes nach dem Zweiten Weltkrieg ist zu lernen, wie Perzeptionen und Fehlperzeptionen dem Konflikt eine derartige Eigendynamik verschafft haben, daß die wechselseitigen Intentionen und politischen Realitäten in den Hintergrund gedrängt wurden. Diese Gefahr besteht durch die Osterweiterung der NATO aufs neue. Der Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung droht zu scheitern, bevor er richtig begonnen hat. Verantwortlich sind wieder wechselseitige Fehlperzeptionen. Je konkretere Formen die NATO-Osterweiterung annimmt, desto unglaubwürdiger klingen in Moskau die kontinuierlichen Beschwichtigungen aus westlichen Regierungskreisen, diese sei nicht gegen Rußland gerichtet. Solange die NATO eine kollektive Verteidigungsallianz ist, muß sie erklären, gegen wen und was sie sich zu verteidigen gedenkt. Doch da selbst unter westlichen Militärs Konsens darüber herrscht, daß auf absehbare Zeit keine erstzunehmende militärische Bedrohung durch Rußland existiert, sind selbst nach den sicherheitspolitischen Kategorien der NATO die Prämissen falsch, auf denen die gesamte Erweiterungsdebatte beruht. Da erstaunt es nicht, daß die mögliche Integration Polens oder der anderen ostmitteleuropäischen Staaten einschließlich der drei baltischen, von denen Litauen bereits einen offiziellen Aufnahmeantrag bei der NATO gestellt hat, in Rußland als eine signifikante Veränderung des militärpolitischen Gleichgewichts der Kräfte wahrgenommen wird, die den eigenen Sicherheitsinteressen zuwiderläuft. Tatsächlich könnten dann in Ostmitteleuropa zusätzliche Truppen stationiert und nukleare Garantien ausgedehnt werden. Dies wäre mehr als eine Annäherung an die Grenzen der GUS, denn das vollzöge sich in unmittelbarer Nachbarschaft der russischen Exklave Kaliningrads. Es erstaunt kaum, daß russische Militärs und die herrschende politische Elite dies als eine bedrohliche militärische Entwicklung wahrnehmen. Als wiederhole sich die Geschichte doch, haben russische Derschawniki[1] bereits die Gegenmaßnahmen parat, die wie Zitate längst überwunden geglaubter Zeiten klingen. Sie drohen mit der Abkehr von der Rüstungskontrolle. Der „Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa" (KSE-Vertrag) steht ebenso zur Disposition, wie es immer unwahrscheinlicher würde, daß der START-II-Vertrag, der die USA und Rußland binden soll, ihre strategischen Atomwaffenpotentiale auf jeweils 3.500 Waffen zu reduzieren, noch von der Duma ratifiert werden wird. Der Russische Generalstab lanciert bereits über die Moskauer Tagespresse, daß die Osterweiterung mit einer Verstärkung der nuklearen Abschreckung auf der Baltischen Flotte und in der Exklave Kalingrad beantwortet würde und Tschechien und Polen Zielgebiete taktischer Nuklearwaffen würden.

Stabilität ist nicht durch die NATO zu erreichen.

Nichts würde den Vertretern der militärisch-autoritären Restauration, die momentan in Moskau versuchen, ihre verlorenen Positionen zurückzugewinnen, mehr in die Hände spielen, als wenn diese Szenarien Realität werden könnten. Die Wiederbelebung des morbiden Militärapparates und des militärisch-industriellen Komplexes wären so garantiert. Die falschen Prämissen in der Debatte um die NATO-Osterweiterung sind das eine. Die fehlende Stringenz in der Argumentation das andere. Denn wer wirklich über „Stabilitätsexport" nachdenken will, kommt nicht umhin zuzugeben, daß Stabilität in Europa nicht dadurch zu erzielen ist, daß vier oder sechs ostmitteleuropäische Staaten in eine Militärallianz integriert werden, während die Nachbarn außen vorbleiben. Vor allem aber ist eine nachhaltige politische und wirtschaftliche Stabilisierung Ostmitteleuropas nicht durch die NATO zu erreichen. Frieden, Stabilität und Sicherheit in Europa sind nur dadurch abzubauen, daß die Demokratisierung voranschreitet und das Wohlstandsgefälle zwischen West- und Ostmitteleuropa abgebaut wird. Hier ist die Europäische Union gefordert, denn Europa ist größer als die EU, und der Aufbau einer europäischen Friedensordnung ist wichtiger als die Besitzstandswahrung abgeschirmter Agrarmärkte und die Funktionsfähigkeit von Strukturfonds. Dr. Manfred Sapper

Aus: „Friedensblätter" 1/96,

[1] Derschawniki sind Menschen, die den militärisch und polizeilich nach außen und innen hoch gerüsteten „starken Staat" in einer paternalistischen Ausprägung anstreben.

Anmerkung der Red.: Am 07.05.1996 hält Prof. Dr. Alexander A. Sergounin (Universität Nishnij Nowgorod) einen Vortrag: „Die Wahrnehmung der Nato in Rußland: Altlast kommunistischer Propaganda oder Folge aktueller Politik". Die Veranstaltung findet im Rahmen einer Tagung in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften in Berlin-Mitte, Jägerstr. 22-23 um 9.00Uhr statt. Die Anmeldung kann über das Berliner Informationszentrum für transatlantische Sicherheit, Tel.: 030 / 4410218, Fax 030 / 4410221 erfolgen.

Desinteresse, Disziplinlosigkeit, Dekonspiration

Die Probleme des Ministeriums für Staatssicherheit mit minderjährigen Spitzeln

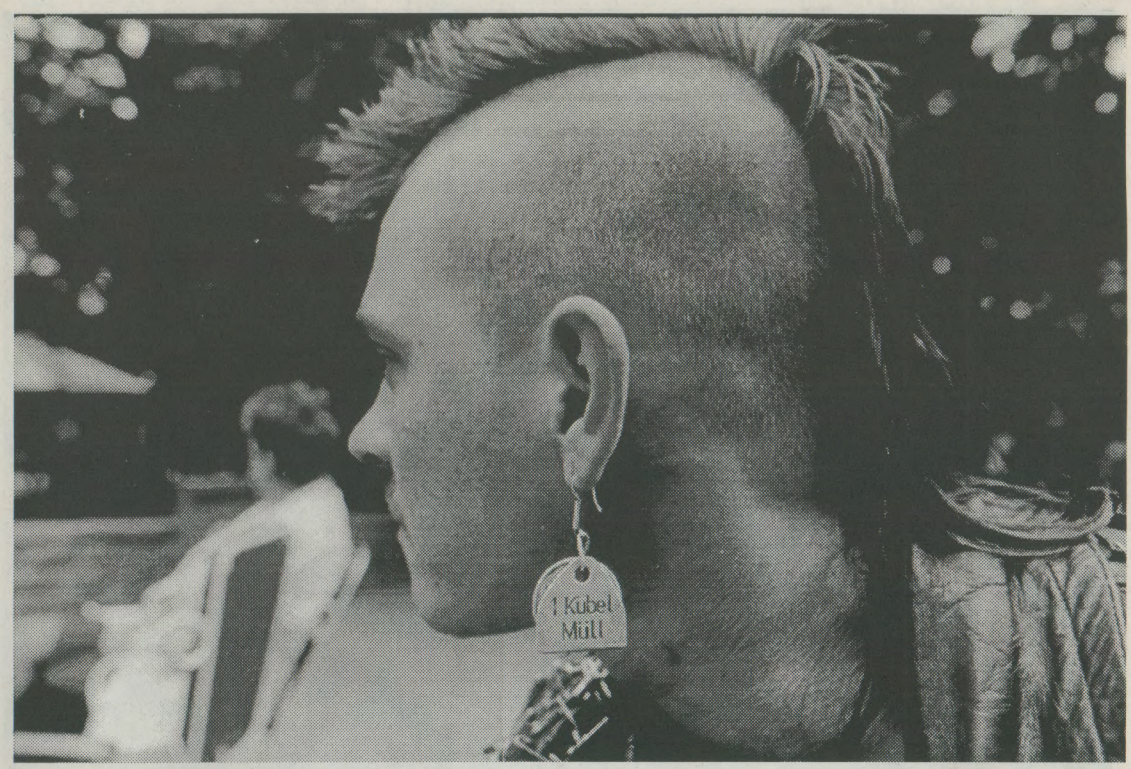
Als im Jahr 1963 die Beatles und die Rolling Stones an die Spitzen der Hitparaden rückten und auch in den Straßen der DDR plötzlich hie und da Pilzköpfe auftauchten, erließ der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, erstmals sogenannte Arbeitshinweise für die Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR. Dort ging er besonders auf die Bearbeitung jugendlicher „Meuten, Rowdygruppen, Klubs, Banden und sonstiger negativer Gruppierungen und Konzentrationen" ein. In diesem Zusammenhang forderte Mielke, daß die inoffizielle Tätigkeit mehr auf die Arbeit mit Jugendlichen unter 25 Jahren zu „orientieren" sei. Dazu sollten besonders Studenten, Haftentlassene, Neuzuziehende, Rückkehrer aus der BRD und Jugendliche aus Rowdygruppen angeworben werden. Die Forderungen Mielkes ließen sich schwer in die Praxis umsetzen. So vermerkt ein Bericht über den Stand der Durchsetzung der genannten Arbeitshinweise, daß das IM-Netz für die Arbeit unter Jugendlichen zu überaltert sei und es kaum geeignete IM im jugendlichen Alter gebe.

Anwerbung Jugendlicher zunächst nicht unumstitten

Zuständig für die zentrale Koordination bei der Bearbeitung Jugendlicher war ab 1964 die Hauptabteilung (HA) XX/2. Besonders deren Berichte und Analysen dokumentierten in der Folgezeit die Schwierigkeiten des MfS mit jugendlichen IM. Mielkes Dienstanweisung (DA) Nr. 4/66 schrieb die Federführung der HA XX/2 bei der Bearbeitung Jugendlicher fest und ging unter anderem erneut auf das IM-Problem ein. Da auch Jugendliche unter 18 Jahren staatsfeindliche und kriminelle Handlungen begingen, sei es nötig Personen zu werben, die guten Kontakt zu diesen Jugendlichen haben oder herstellen können. Hierzu seien auch kirchlich gebundene Jugendliche zu gewinnen. Von IM unter 18 Jahren war hier noch nicht die Rede. Die vorsichtigen Formulierungen des stellvertretenden Ministers Generelmajor Schröder in der 1. Durchführungsbestimmung zur DA 4/66 von 1968 lassen vermuten, daß damals im MfS der Einsatz von IM unter 18 Jahren nicht unumstritten war. So schrieb Schröder zunächst, daß die Werbung von IM unter Berücksichtigung des Mindestalters von 18 Jahren zu erfolgen habe, um dann wenig später fortzufahren: „Bei Notwendigkeit, Jugendliche unter 18 Jahren zur Lösung operativer Aufgaben heranzuziehen, ist vom Standpunkt der vielseitigen Formen der Zusammenarbeit mit patriotischen Kräften heranzugehen. Dabei ist der Reifegrad des Jugendlichen zu beachten und ein enges Zusammenwirken mit den Eltern, Lehrern, dem Lehrkörper und anderen Erziehungsberechtigten zu gewährleisten." Ein solches Vorgehen war wohl kaum mit den strengen Regeln der Konspiration zu vereinbaren. Schröder versuchte denn auch, dem Problem auf andere Weise beizukommen, indem er beispielsweise anordnete, daß besonders weibliche Personen aus dem Umgangskreis auffälliger Jugendlicher zu werben seien, um diese unter operativer Kontrolle zu halten. Als das MfS nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR, am 21. August 1968, verstärkt Widerstand unter Jugendlichen in der DDR registrierte, sah sich Mielke in einem Schreiben an die Leiter der operativen Diensteinheiten erneut genötigt, auf das Problem einzugehen. Er forderte die Werbung weiterer IM zur Bearbeitung und Überwachung von jugendlichen Personenkreisen, die während der „Konterrevolution in der CSSR" negativ aufgefallen waren.

Jugendliche IM waren oft unzuverlässig

Inwieweit sich diese Forderungen in die Praxis umsetzen ließen, geht aus einer „zusammenfassenden Einschätzung zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen" der zuständigen HA XX/2 vom 23. Januar 1969 hervor. Dort heißt es, daß man die besten Erfahrungen mit jugendlichen IM gemacht habe, die aus „positiven Elternhäusern" stammen und eine „positive Grundeinstellung" haben. Im Gegensatz zu „negativen und labilen Jugendlichen" zeigten solche IM eine bessere Disziplin, höhere Eigeninitiative und ein größeres Einschätzungsvermögen. Andererseits hätten Jugendliche aus negativen Personenkreisen die günstigsten Voraussetzungen zur Aufklärung staatsfeindlicher Handlungen. Hier wurde erstmals ein Widerspruch benannt, den das MfS bis 1989 nicht lösen konnte und der die Arbeit mit jugendlichen IM erheblich behinderte. Das MfS war bei der Überwachung Jugendlicher auf IM angewiesen, die



„unzuverlässig" waren und sich dem Zugriff des MfS immer wieder entzogen. So mußte die HA XX/2 1968 die Zusammenarbeit mit 6 IM einstellen, weil ihnen nicht die „für die operative Arbeit erforderliche Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit und Beständigkeit" anerzogen werden konnte. Es handelte sich um IM, die zur Bearbeitung jugendlicher Personenkreise unter „kriminell angefallenen Jugendlichen" geworben worden waren. Weiterhin stellte die HA XX/2 fest, daß die Arbeit mit „Kontaktpersonen" (KP) unter 18 Jahren problematisch sei. Häufig auftretende Schwierigkeiten seien die Gefahr der Dekonspiration, mangelndes objektives Einschätzungsvermögen, abenteuerliche Vorstellungen von der Arbeit des MfS und schneller Verlust des Interesses an einer Zusammenarbeit mit dem MfS. Trotzdem wäre aufgrund der bisherigen Erfahrungen der Einsatz solcher KP (Red: wohl Kontaktpersonen) unbedingt erforderlich. Der Umgang mit ihnen wurde in den Bezirksverwaltungen damals verschieden gehandhabt. In der Bezirksverwaltung (BV) Rostock beispielsweise mußte eine Kontaktierung von Jugendlichen unter 18 Jahren jeweils vom Leiter der BV angeordnet werden. Andere BV waren weniger heikel. Die bereits genannte Einschätzung der HA XX/2 von 1969 kam zu dem Schluß, daß trotz einiger Fortschritte noch erhebliche Lücken im IM-System unter Jugendlichen bestünden, unter anderem besonders unter der „religiösen Jugend." Auffällig an diesem wie an anderen Berichten und Analysen aus jenen Jahren ist, daß der Begriff IM für Personen unter 18 Jahren vermieden wurde und daß die verschiedenen BV beim Umgang mit diesem Personenkreis gewissermaßen noch „experimentierten". Diese Unsicherheit war sicherlich nicht in moralischen Skrupeln der MfS-Mitarbeiter begründet, sondern leitete sich eher aus taktischen Erwägungen aufgrund der genannten Erfahrungen mit KP unter 18 Jahren her. Folgerichtig empfahl die HA XX/2 in ihrer Einschätzung die Erarbeitung einer Untersuchung über die „effektivsten Methoden zur inoffiziellen Absicherung jugendlicher Personenkreise bis zum 18. Lebensjahr."

Sowjetische Genossen sollen helfen

Bei einer Beratung mit „sowjetischen Tschekisten" im April 1976 berichtete der Leiter der HA XX, Generalmajor Kienberg, über die Lage unter Jugendlichen in der DDR. Ein Problem, so führte Kienberg dort unter anderem aus, sei die inoffizielle Arbeit mit Jugendlichen unter 18 Jahren. Die bisherigen Erfahrungen des MfS ließen dazu noch keine vollständige Einschätzung zu. Das MfS habe Erfah-

rungen bei der Herstellung „von operativen Kontakten zu Jugendlichen unter 18 Jahren ohne schriftliche Verpflichtung" und „mit Kenntnis und Einverständnis von Erziehungsträgern, besonders der Eltern," gemacht. Diese operative Tätigkeit müsse jedoch ständig weiterentwickelt werden, da Jugendliche in dem Alter gegenüber negativen Einflüssen besonders anfällig seien. Es bestehe großes Interesse daran, die Erfahrungen der sowjetischen Genossen auf diesem Gebiet kennenzulernen. Die Ausführungen Kienbergs belegen, daß das MfS nach wie vor auf Probleme bei der Werbung jugendlicher IM stieß.

Wachsende Schwierigkeiten

Eine Analyse der HA XX zur Lage unter jugendlichen Personenkreisen aus dem Jahr 1980 schilderte in geradezu dramatischer Weise die wachsenden Schwierigkeiten: Trotz erheblicher Anstrengungen aller Bezirksverwaltungen (BV), die Qualität und Quantität der inoffiziellen Basis unter Jugendlichen zu erhöhen, seien die gestellten Ziele nicht erreicht worden. Zu verzeichnen sei vielmehr eine hohe „Abschreibungsquote" bei jugendlichen IM infolge bewußter Dekonspiration, Desinteresse, mangelhafter Treffdisziplin, unbefriedigender Arbeitsergebnisse, Perspektivlosigkeit in der Zusammenarbeit und dem Einfluß feindlich-negativer Personen auf die jugendlichen IM. Die operativen Mitarbeiter, vermerkte die Analyse weiter, würden ungenügend auf die psychischen Besonderheiten der jugendlichen IM eingehen. Es werde immer schwieriger, in negative jugendliche Kreise einzudringen, weil sich die Zielgruppen verstärkt durch „Tests" und „Mutproben" absicherten. Erfolgversprechender, als IM heranzuschleusen, sei es, ausgewählte Jugendliche aus solchen Gruppen „herauszubrechen" und zu werben. Des weiteren gebe es positive Erfahrungen beim Einsatz weiblicher IM zwischen 17 und 19 Jahren in negativen Konzentrationen Jugendlicher.

Man verpfeift keinen Kameraden

Obwohl sich im MfS seit langem die Erkenntnis durchgesetzt hatte, daß unter Druck geworbene IM unzuverlässig sind und es sinnvoller sei, eine Zusammenarbeit auf der Basis der „Freiwilligkeit" anzustreben, versuchte man Anfang der achtziger Jahre verstärkt, den Mangel an jugendlichen IM mit brachialen Methoden zu beheben. Aufgrund einer gewissen Ratlo-

sigkeit gegenüber weitaus radikaleren Formen des Jugendprotestes als in den siebziger Jahren, praktizierte das MfS jetzt besonders gegen jugendliche Punkgruppen die Methode des „Herausbrechens" einzelner Gruppenmitglieder, um sie auf der „Basis der Wiedergutmachung" für begangene Straftaten als IM zu werben. Die Erfolge dabei waren, trotz des Eisatzes auch „materieller Anreize", nur gering. So betrug beispielsweise der Anteil Jugendlicher am Gesamtbestand von IM in den Bezirksverwaltungen 1982 nur 10%. Der Anteil der von Jugendlichen begangenen Straftaten an der Gesamtzahl begangener Straftaten betrug im gleichen Jahr bei der allgemeinen Kriminalität 47,49 %, bei (politischen) Staatsverbrechen 25,86% und bei Grenzdelikten 75%. Eine Analyse der HA XX für das Jahr 1984 registrierte, daß im Berichtszeitraum keine qualitative und quantitative Verbesserung des jugendlichen IM-Bestandes erreicht werden konnte. Der IM-Bestand an Jugendlichen unter 18 Jahren sei zurückgegangen. An dieser Feststellung wird nebenbei deutlich, daß das MfS jetzt auch IM unter 18 Jahren verpflichtete. Die Bereitschaft labiler Jugendlicher, einen Kontakt mit dem MfS einzugehen, sei durch die ständige gegnerische Beeinflussung rückläufig, bemerkte die Analyse weiter. In der Mehrzahl der Fälle, bei denen eine Werbung mißlungen sei, habe eine politisch-negative Meinung schon im Alter zwischen 16 und 18 Jahren vorgelegen. Nach wie vor seien unter Jugendlichen falsche Ehrbegriffe vom „Verpfeifen von Kameraden" weit verbreitet. So wurden beispielsweise von den 133 jugendlichen IM der BV Berlin im Jahr 1988 allein 42 IM von ihren Führungsoffizieren als unzuverlässig eingeschätzt.

Brutale Rachehandlungen gegen Verräter

Besondere Schwierigkeiten hatte das MfS beim Einsatz von IM zur Aufklärung von Skinheadgruppen. In einer Einschätzung der HA XX von 1988 ist folgendes nachzulesen: „Die Abscheu der Bürger der DDR gegen neofaschistische Erscheinungen ist als Motivation für die Gewinnung von Jugendlichen zu aktivem Handeln als IM in breiterem Maße zu nutzen. Dabei ist zu beachten, daß von den Organisatoren unter derartigen Jugendlichen die Angst vor brutalen Rachehandlungen gegenüber vermeintlichen Verrätern verbreitet und dadurch die Gewinnung geeigneter Jugendlicher als IM bzw. ihre Einschleusung in derartige Gruppen erschwert und mit zusätzlichem Risiko verbunden ist." Dazu vermerkte der Leiter der HA XX/2 Oberst Kuschel in einem handschriftlichen Redemanuskript vom Sommer

1989: „Die Skins oder Faschos sind die extremsten antikommunistischen Elemente, die wir je unter unserer Jugend hatten. Die Formen der Auseinandersetzungen unter den Skins und deren 'Riten' gehen bis zum Androhen der 'Liquidierung' von 'Verrätern' (MfS-Spitzel-Psychose) nach dem Vorbild faschistischer Femeorganisationen."

Das Dilemma

Das Manuskript schilderte in drastischer Offenheit die Vorgehensweise, aber auch die enormen Probleme bei der Werbung und Erziehung von IM unter 25 Jahren. Äußerst schwierig, heißt es dort, sei die Gewinnung von IM unter negativ-dekadenten Jugendlichen wie Punks Skins, Faschos und Gruftis. Mit zuverlässigen, „guten Kadern" (FDJ-Mitgliedern) sei ein Eindringen in diese Kreise fast ausgeschlossen, weil die „ewig außerhalb blieben". Zwar seien dem MfS beispielsweise Skins aus MfS-Familien als IM-Kandidaten angeboten worden, doch man könne es nicht verantworten, einen Jungen aus gutem Elternhaus in diese Gruppen zu schikken, denn beim „Gammeln und Sturzsaufen" würde dort jeder verdorben. Ein Jugendlicher mit „verfestigter negativ-dekadenter Einstellung" sei aber aus folgenden Gründen kaum werbbar: Antikommunistische Einstellung, Haß auf das MfS, Verhaltensstörungen bedingt durch seit frühster Kindheit verwurzelte soziale Abweichungen, asoziale Lebensweisen, vor allem Fehlhaltungen zu Arbeit und Beruf. Das letztere Problem mache es dem MfS besonders schwer, denn auch als IM müsse man arbeiten und verläßlich sein. Daraus schlußfolgerte der Leiter der HA XX/2: „Wir stehen vor folgendem Dilemma: Fordern wir auf diesem Gebiet bei IM-Kandidaten eine klare Haltung, finden wir kaum geeignete Werbungskandidaten. Dem Zusammenschluß Gleichgesinnter in solchen Gruppen liegt häufig [eine] ähnliche gebrochene Persönlichkeitsentwicklung zugrunde. Machen wir Kompromisse auf diesem und anderem Gebiet, müssen wir das Risiko tragen bis zur schließlichen Ausreiseantragstellung oder Inhaftierung wegen Kriminalität. Das Wort 'zuverlässig' paßt überhaupt nicht zu solchen Typen (Kandidaten)."

Der gute Junge mit der Bomberjacke

In seinem Redemanuskript nannte der Leiter der HA XX/2 dafür auch Beispiele. So hatte das MfS einen Jugendlichen unter dem Decknamen „Per Beering" unter Nutzung seines Geltungsdrangs angeworben. Ihm wurde von seinem Führungsoffizier ein gutes, zuverlässiges Verhältnis zum MfS bescheinigt. Man mußte aber feststellen, daß der „gute Junge", trotz

„Bomberjacke für 500,-Mark", nicht an die Gruppe herankam, auf die er angesetzt war. Effektiver arbeitete IM „Rene" als Mitglied einer Skinheadgruppe. Er war nach der Haftentlassung „auf der Basis von Wiedergutmachung" geworben worden und hatte ein Interesse daran, nicht gleich wieder „einzufahren". Leider konnte er von seinem Hang zum Prügeln nicht ablassen und mußte nach kurzer Zeit wieder inhaftiert werden. Damit war er für das MfS ebenso wertlos wie der „gute Junge" mit der Bomberjacke.

Vaterstelle vertreten

Geradezu zynisch klang in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß die Mitarbeiter des MfS an diesen Jugendlichen Vaterstelle zu vertreten hätten. Die Führungsoffiziere wären oft die einzigen, die die Probleme dieser Jugendlichen anhörten und Hilfe gäben. Das Manuskript endete mit der Feststellung: „Hohe Anforderungen ergeben sich daraus an die politische und menschliche Reife der operativen Mitarbeiter auf diesem Gebiet. Wir brauchen nicht den Typ des laxen Kumpels oder guten Onkels, sondern den Typ des verständnisvollen Partners oder die gute Vaterfigur, wo der konsequente Genosse (prinzipienfester Tschekist) immer dahinter gespürt wird." Abgesehen von der Menschenverachtung, die aus einer solchen Instrumentalisierung junger Menschen sprach, kamen die zitierten Ausführungen des Leiters der HA XX/2 fast einer Bankrotterklärung gleich. Ob das MfS 1989 tatsächlich nicht mehr in der Lage war, seine IM als wichtigstes Instrument der Informatonsbeschaffung, Beeinflussung und Zersetzung wirkungsvoll unter Gruppen nonkonformer Jugendlicher einzusetzen, bedarf weiterer Forschung.

Thomas Auerbach

Feste feiern

6.Juli 1996, ab 15 Uhr

5. Libertärer Jahrmarkt

Senefelder Platz
Berlin, Prenzlauer Berg

Infostände Libertärer Projekte
Live-Musik
Vorträge / Film
Ausstellung
Essen und Trinken
Spiele für Kinder
und viel Spaß

Aus einer Welt, die nicht mehr Naturstoff enthält als der Wechselkurs

Die Capri-Sonne versinkt rotglühend im Meer. Am Bacardi-Strand tanzen sunilgewaschene Hemden glücklich in der Abendbrise. Zwischen ihnen hüpfen gesunde Brotscheiben in umweltfreundlichen Verpackungen und rufen „drück mich, drück mich", während der Weiße Riese überlegen seine Wäscheleine von einem Horizont zum nächsten spannt. Ein Tag voller Lebensfreude in der Warenwelt geht zu Ende. „Es ist nur das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst, welches hier für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt. Um daher eine Analogie zu finden, müssen wir in die Nebelregionen der religiösen Welt flüchten. Hier scheinen die Produkte des menschlichen Kopfes mit eignem Leben begabte, untereinander und mit den Menschen in Verhältnis stehende selbständige Gestalten." (MEW 23, S.86) Und hier spielt auch meine Geschichte. Denn an eben diesem Abend wurde die allgemeine Harmonie und Fitness getrübt wie ein Weinglas, das ohne Corega-Tabs gespült wurde. Und auch mit den Nachbarn klappte gar nichts mehr. Der Warenfetisch, König und Substanz dieses herrlichen Reiches, erlitt eine Sinnkrise angesichts einer neuen Bewohnerin dieser Welt. Ein C64 mit Minderwertigkeitskomplexen angesichts moderner Konkurrenz war so nett, folgendes Gespräch zu protokollieren

Warenfetisch (heftig): Nein, nein, nein! Ich hab keinen Bock auf den Scheiß! „ULTRA LIGHT", wenn ich das schon höre! Ich weigere mich!

Lord Ultra Light (mit sehr weiblicher Fick-mich—Stimme): Ach kommen Sie, Sie haben überhaupt keine Wahl. Sie müssen in mich eingehen. Ja, Sie sind es bereits, wie könnte ich sonst mit Ihnen reden? Ihr Aufstand ist lächerlich...

Warenfetisch: Schnauze!

Lord Ultra Light: Aber der gesundheitsbewußte Raucher von heute...

Warenfetisch: Gesundheit! Light! Vollkorn! Das...

Vollkornbrot: Haben Sie mich gerufen?

Warenfetisch (zerquetscht Vollkornbrot mit einer Packung Yogurette zu Slim-Fast Erdbeer): ....ganze Fitnessgetue hängt mir zum Hals raus! In den Fünfzigern nannte man die ersten Filterzigaretten „Kastrierte"!

Dich hätten wir damals sicher zu Blendi in den Laufstall gesteckt! Sicher, die Zeiten und die Bedürfnisstrukturen ändern sich und ich bin gezwungen, einiges mitzumachen (schleudert eine Take-That-CD auf ein neugieriges Happy-Hippo, das wimmernd davon läuft). Aber bevor ich eine Baby-Fluppe im blau-weißen Binden-Outfit zu Warencharakter verhelfe, werd' ich lieber Kommunist! Dann könnt ihr alle sehen, wie ihr mit eurem Langweilerdasein als Produkte zurecht kommt!

West Light (nüchtern): Sie überreagieren! Meiner Meinung nach...

Warenfetisch (mit leiser, drohender Stimme, die sich langsam zum Forte steigert): Ich kann sehr gut auf die Meinung von Dingen verzichten, die in ihrer Farblosigkeit an den Grauschleier in Rauchergardinen erinnern. Nur daß Dein Rauch nicht mal dazu reichen würde, das Duracell-Häschen zum Husten zu reizen. Was sollen Zigaretten, an denen keiner mehr krepiert? Die nicht Schwindel und Übelkeit am frühen Morgen, nervöse Unruhe in der Nacht verursachen? Gänzlich ungeeignet als Ausdruck schmerzhafter Sehnsucht bürgerlicher Subjekte, ihrer Zerrissenheit und Einsamkeit. Die Light-Raucher stehen doch jenseits von Lust und Leiden. Ihre jämmerliche Größe ist das Maßhalten. Sie kauen Zahnpflegekaugummies, lieben elektrische Kaminfeuer, Energiesparlampen und züchten Bubiköpfe, die scheiße aussehen, aber kompliziert zu pflegen sind. Ihren Gästen bieten sie winzige Mengen Rafaello an und beschämen durch ihren eigenen Aufwand beim Verzehr jeden, der sich den Kitsch nicht mit verzückt verdrehten Augen minutenlang im Mund zerschmaddern läßt! (Mit den letzten Worten hängt er sich an den Fernet-Branca-Bussard, der gerade vorbeifliegt, und entschwindet in die fernen Berge, auf den schwachen Schein eines Lagerfeuers zu. West und Lord bleiben am mittlerweile dunklen Palmenstrand zurück.)

West Light: Nun wird er sich wieder die ganze Nacht mit dem Marlboro Man und diversen Alkoholika rumtreiben, und morgen ist er dann verkatert und unausstehlicher Laune.

Sie gehen. Zurück bleibt der C64 und beeilt sich, das Gespräch zu speichern, bevor er wieder abstürzt und in langanhaltende, dumpfe Depression verfällt.

Gromit

Aus *"tendenz"* Frühling 96, radikaldemokratische Zeitung der JungdemokratInnen-Junge Linke Bundesverband

Mediales

Neues aus der Bücherwelt

Wen kümmern schon „Feiertage", vor allem Tage, an denen es eigentlich nichts zu feiern gibt - und vor allem, an denen man/frau noch nicht mal arbeitsfrei hat. Der 8. Mai ist ein Tag an dem verschiedene Menschen verschiedenes zu feiern, oder zu gedenken hätten: Am 8 Mai ist z.B. Muttertag, oder Nazi-Deutschland hatte vorerst kapituliert, Kambodscha erkannte 1969 die DDR an, 1945 begann in Algerien ein Volksaufstand, bei denen ca. 45.000 Algerier von französischen Kolonialisten massakriert werden.

Zum 20. Male jährt sich an diesem 8. Mai die Ermordung der Ulrike Meinhof. Aus diesem Anlaß brachte die Zeitschrift **Die Beute (1/96, Ed. ID-Archiv / 128 S. / 16,—DM)** ein Schwerpunktheft heraus mit dem Titel: Mythos RAF. U.a. enthält das Heft ein Interwiev mit Irmgard Möller (19 Seiten), der einzigen Überlebenden der Stammheimer Todesnacht von 1977 und vieles andere mehr.

Fast wäre ja Flaute in den Computerläden eingezogen (in Berlin öffnen jährlich ca. 1000 Läden und die gleiche Anzahl geht auch jährlich pleite), wenn das Zauberwort „Internet" nicht wieder für Aufschwung gesorgt hätte. Datenautobahn sind vielleicht auch besser als ein Meter Beton, aber auch die Sicherheit sollte bei der globalen Vernetzung nicht zu kurz kommen. Nun hat die **Edition ID-Archiv**, bevor ein Fachverlag mal wieder mit einem 78,—DM-Wälzer kommt, die Nase vorn gehabt. **Der kleine Abhörratgeber - Computernetze, Telefone, Kameras, Richtmikrofone; incl. Diskette mit Verschlüsselungsprogramm (143 S. / 20,—DM)**, heißt der Titel, der in den Niederlanden bereits 1994 erschienen ist und von so namhaften Autoren wie Backslash, Hack-tic, Jansen & Janssen und dem AutorInnenkollektiv „Keine Panik" herausgegeben wurde. Nicht Paranoia sollte hier der Kaufgrund sein, aber informativ ist dieses Buch auf alle Fälle, zumal ja auch allgemein bekannt ist, daß jener Deutsche Staat, der im Moment überlebt hat, viel gründlicher über seine BewohnerInnen bescheid weiß, als jener, der als Spitzelstaat abgewickelt wurde.

Die **Edition ID - Archiv** ist ja nicht nur für ihre Politbücher bekannt, sondern in den ca. 8 - 10 Titeln, die im Jahr hier erscheinen, hat auch die Kultur ihren Stammplatz erhalten. Das soeben erschienene Buch **Jutta Koether,**

KAIROS - Texte zu Kunst und Musik (190 S. / 24 DM), zeugt davon. Die in Köln lebende Mitherausgeberin der Zeitschrift „Spex" ist nicht nur einfach eine Theoretikerin, sondern selbst als Künstlerin aktiv.

Ein Künstler war auch Erich Mühsam, der als Antifaschist auch in der DDR zu ehren kam, aber als Anarchist (vor allem seine Schriften wie „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat") eher verschwiegen wurde. Dies spürte vor allem seine Frau **Zensl Mühsam**, der 1933 kein anderer Ausweg blieb, als ins Exil nach Moskau zu gehen, der sich zum Leidensweg, und einem jahrelangen Kampf um den Nachlaß von Erich Mühsam erwies. Eine **Auswahl ihrer Briefe** aus einer Zeitspanne von 1918 - 1959 dokumentiert das Leben dieser tapferen Frau. Diese Broschüre **(104 S. / 10,—DM. Schriften der Erich-Mühsam-Gesellschaft Nr. 9, Bezug: Kunsthaus Lübeck, Königstr. 20 in 23552 Lübeck, Porto nicht vergessen.)** wurde Herausgegeben von Chris Hirte und Uschi Otten.

Ein Künstler der Sprache ist auch der mexikanische **Subcommandante Marcos**, von dem jetzt einen Sammelband mit Erklärungen, Briefen etc. vorliegt: **Botschaften aus dem Lakandonischen Urwald - Über den Zapatischen Aufstand in Mexiko (252 S. / 29,80 DM / Edition Nautilus).** Nie waren politische Pamphlete poetischer und ausagekräftiger - unbedingt empfehlenswert!

Den **Freiheitskampf in Chiapas** verbanden einige Leute aus Zureich mit dem **75. Jahrestag des Kronstädter Aufstandes** und nannten ihre 16 Seiten umfassende Zeitung kurz **isvestja**. Einzeln kostet das Heft, das von zwei Seiten her zu lesen ist 2,50 DM (ab 10 Ex. 1,50 DM) und ist zu beziehen über: **isvestja, Postfach 8616, CH-8036 Zürich** (oder ihr fragt mal in einem Infoladen oder politischen Buchladen nach).

Wesentlich trockner liest sich, falls das überhaupt jemand tut, die kostenlosen **„Informationen zur Volksabstimmung am 5. Mai 1996 über die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes Berlin-Brandenburg - keine kommerzielle Werbung."** Auf der einen Seite schon verdächtig genug, daß CDU und SPD gemeinsam dafür sind, umso komischer ist die Allianz der GegnerInnen aus PDS, Bündnis/Grüne, rechte CDUler und Jusos. Warum Hamburg oder Bremen noch nicht auf diese tolle Idee des Sparens und Umwandeln in blühende Landschaften gekommen sind, bleibt offen. Die Tatsache, daß nur ein Viertel der Wahlberechtigten (! also 1 Mill. Jasager), ausreicht um Politik zu machen, scheint nicht unbedingt parlamentarische Geflogenheit zu sein, aber schließlich kommt es ja immer darauf an, **welche** Minderheit bestimmt.

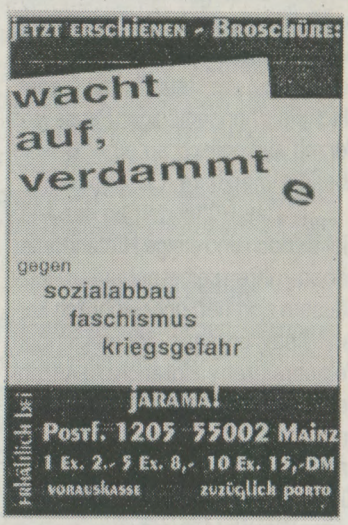
Von einer ziemlich bestimmenden Minderheit mit immer mehr Einfluß zeugt das Buch: **Drahtzieher im braunen Netz - Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich (Konkret Literatur Verlag / 270 Seiten / 28,—DM). von einem antifaschistischen Autorenkollektiv.** Dieses Buch erschien bereits 1992 in der Edition ID-Archiv zum ersten Mal. Jetzt, aktualisiert, ist es leider immer noch genauso wichtig geblieben, wie vor einigen Jahren, selbst, wenn das nazistische Autreten von nationalen Dumpfbacken zur Zeit rückläufig geworden ist (und mit ihm leider auch die Aktivitäten der Antifa). Es bleibt leider eine Notwendigkeit sich über die Aktivitäten von braunen Schlips- und Glatzenträgern zu informieren.

Einen feineren Umgang mit der deutschen Sprache pflegte der Dichter **Franz Fühmann** (1922 - 1984), einer der wenigen Dichter, dessen Kommentar zum Mauerfall vielleicht ein Genuß gewesen wäre. In zweiter Auflage erschien jetzt das Buch **Urworte Deutsch (Hinstorff Verlag / 80 S. / geb. / 19,80)**, dessen Wortspiele und gewollter Nonsens einen Lesespaß der ruhigen, schmunzelnden Art verspricht. Die farbigen, surrealen Collagen von Alfred T. Mörstedt unterstützen die poetischen Reimereien.

Wenn man/frau sich doch bloß immer auf alles einen Reim machen könnte...

Gruß Knobi

15.5.-19.5. (über Himmelfahrt):
Gesamttreffen Netzwerk Anders Leben/ GRoßraumKommune
in Gedelitz, Wendland, bei Bauernwiese. Ein Netzwerk junger Leute, die sich für Formen des Zusammenlebens/Arbeitens in Gemeinschaftsprojekten interessieren. Leute aus Projekten und Neugierige sind herzlich eingeladen, auch Leute aus dem Projekt-A-Zusammenhang.
Zelt und Fahrrad mitbringen. Anmeldung und Infos: Claudia Schönchens, PW Hürt, Bodelschwingstraße 12, 50354 Hürth, Tel. 02233/685030



Meldungen

Aktionen gegen die A 20

Entgegen voreiliger Feststellungen hat das Planfeststellungsverfahren in Sachen A 20 in Mecklenburg-Vorpommern gerade erst begonnen und wird erst in einem Jahr beendet sein. Der in den Medien feierlich verkündete Baubeginn im Dezember vorigen Jahres wurde eigens veranstaltet, weil der Schweriner Ministerpräsident Bernd Seite im Wort stand, noch 1995 werde mit dem Bau der A 20 an der Peene begonnen. Angefangen wurde also mit einem unwesentlichen Teilstück zwischen B 110 und B 96. Für den ersten Spatenstich wurden ein paar Quadratmeter mit dem Gasbrenner aufgetaut. Aber kaum war das Festzelt abgeräumt worden, verschwanden die Bauarbeiter wieder. Nach einer hunderttägigen Pause wird derzeit symbolisch an einer Brücke über die imaginäre A 20 gebastelt.

Das Hüttendorf an der A 20 gibt es noch und einige Hüttendörfler haben in ihren selbst gebauten Holzhäusern dort den ungewöhnlich kalten Winter ertragen. Mit steigenden Temperaturen steigt auch die Anzahl der Bewohner wieder an. Ein rechtlich unhaltbarer Räumungsbescheid des Landkreises Vorpommern wurde zurückgezogen. Auch den Straßenbauern ist das Hüttendorf nach eigenem Bekunden derzeit nicht im Wege. Leider wird auch nach Baubeginn das Hüttendorf selbst nicht die Trasse sperren können. Immerhin aber hat der B.U.N.D. Mecklenburg-Vorpommern ein geeignetes Sperrgrundstück im Peenetal gekauft. Wie es in einer Information des B.U.N.D. Mecklenburg-Vorpommern von Peter Westenberger heißt, soll „im Sommer mit einem großen Fest das einjährige Bestehen des Hüttendorfes und der Widerstand gegen die A 20 gefeiert werden. Aber auch bis dahin benötigen die ausdauernden A 20-Gegner(innen) jede Form von Unterstützung- einschließlich moralischer durch Besuche. Das Hüttendorf befindet sich etwa 200 Meter westlich der Bundesstraáe 96 auf dem nördlichen Ufer der Peene, nahe bei der Ortschaft Breechen."

Der ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad Club) Greifswald ruft zu Pfingsten zu einer Fahrraddemonstration entlang der A 20 und gegen die A 20 auf. Die Radtour startet am 20. Juli in Lübeck gegen 12.00 Uhr. Übernachtet wird in Turnhallen, vegane Verpflegung erfolgt durch eine Kochgruppe. Dafür sind pro Tag DM 15,- zu entrichten. Unterwegs sollen in den Städten Aktionen und Diskussionen mit Einheimischen und Urlaubern stattfinden, um ihnen zu zeigen und zu sagen, daß es auch anders geht und weitergehen muß in der Verkehrspolitik. Gefahren wird folgende Route: Sa 20. Juli Lübeck-Wismar, So 21. Juli Wismar-Kühlungsborn, Mo 22. Juli Kühlungsborn-Graal-Müritz, Di 23. Juli Graal-Müritz-Prerow, Mi 24. Juli, Prerow-Stralsund, 25. Juli Stralsund-Gwd/Gützkow, Fr 26. Juli, Gwd/Gützkow-Zinnowitz, Sa 27. Juli Abreise nach dem Frühstück. Es ist durchaus möglich, sich nur an einzelnen Etappen zu beteiligen. Anmeldung an den ADFC Greifswald, Lange Str. 14, 17489 Greifswald - dort sind auch weitere Informationen erhältlich.

Demonstration gegen Fascho-Zentrum in Wurzen

Am Samstag, den 6. April, demonstrierten ca. 200 Menschen in Wurzen in der Nähe von Leipzig gegen ein Fascho-Zentrum. Die Demo fand statt, nachdem es in der Nacht zum Freitag, den 5.4.96 in Wurzen zu schweren Zwischenfällen zwischen Antifas und Faschisten gekommen war.

Die Faschos haben seit einigen Monaten ein Haus in einem stillgelegten Industriegebiet besetzt, welches von Polizei und Stadtverwaltung geduldet wird, und für die örtliche wie überregionale Struktur zu einem wichtigen Stützpfeiler geworden ist. Auch die NPD agiert von dort aus.

Inzwischen gibt es nicht einmal eine Handvoll Menschen, die sich offen als AntifaschistInnen bekennen können. Sie werden kontinuierlich auf der Straße und in ihren Privatwohnungen bedroht.

Nach diversen Angriffen in den letzten Wochen wurde in der o.a. Nacht ein Brandanschlag auf eine dieser Wohnungen verübt. Zwei Autos wurden zerschlagen. Weiterhin haben einige Faschos, die sich mit ca. 200 Personen in dem Haus versammelt hatten, auf der Straße zwei Antifas zusammengeschlagen und diese mit in ihr Haus entführt.

Beide sind verletzt, einer davon schwer, er liegt im Krankenhaus. Nur unter Einsatz ihres eigenen Lebens gelang es den wenigen Antifas, die Entführten aus der Gewalt der Faschos zu befreien.

Um ein Zeichen gegen den Terror der FaschistInnen zu setzen, fand am 6. April die Demonstration statt. Diese wurde zunächst verboten, woraufhin es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam. Dabei wurden zwei Menschen festgenommen. Die Behörden genehmigten die Demo dann doch kurzfristig, „um eine Eskalation zu verhindern" (jW). Den DemonstrantInnen wurde es jedoch untersagt, zum Haus der FaschistInnen zu ziehen.

Aus: Göttinger Drucksache Nr. 224

Betriebsergebnis der Dresdner Bank

Im Dresdner Bank-Konzern stieg das Betriebsergebnis im Geschäftsjahr 1995 gegenüber dem Vorjahr um 21,9 Prozent auf 1,992 (1,634) Mrd DEM.

Wie die Bank am Montag in Frankfurt mitteilte, tragen vor allem die internationalen Einheiten diesen Zuwachs. Der Gewinn vor Steuern nahm um 17,2 Prozent auf 2,001 (1,707) Mrd DEM zu. Die Bank hat in diesem Jahr die Transparenz ihres Geschäfts in Anlehnung an die Empfehlungen des International Accounting Standards Committee weiter erhöht. Einen Konzernabschluß ausschließlich auf IAS-Basis wollte sie noch nicht erstellen, weil sie dann, wie erläutert wird, zwei Konzernabschlüsse nach unterschiedlichem Recht hätte vorlegen müssen.

Die Bank halte dies auch deswegen nicht für sinnvoll, weil die IAS noch überarbeitet werden. Der Jahresüberschuß des Konzerns nahm um 17,4 Prozent auf 1,209 (1,030) Mrd DM zu. Hiervon werden 570,6 (397,1) Mio DM zur Stärkung der Gewinnrücklagen verwandt. Der Bilanzgewinn der AG liegt mit 600,9 (598,8) Mio DM um 0,4 Prozent über Vorjahr. Der Aufwand für Risikovorsorge hat sich mit 681,0 Mio (1,245 Mrd) DM fast halbiert. Mit 6,321 (6,472) Mrd DM blieb der Zinsüberschuß um 2,3 Prozent hinter dem Vorjahr zurück, einmal durch den Wegfall steuerlich bedingter Sonderausschüttungen von Beteiligungsgesellschaften, zum anderen aufgrund einer um 0,2 Prozentpunkte rückläufigen Gesamtzinsmarge.

Der Provisionsüberschuß überstieg im Konzern mit 3,047 (2,997) Mrd DEM den Vorjahreswert um 1,7 Prozent. Hierzu trug insgesondere die Erstkonsolidierung von Kleinwort Benson bei. Den Nettoertrag aus Finanzgeschäften konnte die Bank auf 592,5 (43,3) Mio DEM steigern. Der Verwaltungsaufwand übertraf mit 7,264 (6,621) Mrd DEM das Vorjahr um 9,7 Prozent. Besonders kräftig gestiegen sind aufgrund anhaltender IT-Investitionen die hiermit erfaßten Abschreibungen auf Sachanlagen.

Ohne die Auswirkungen aus der Erweiterung des Konsolidierungskreises liegt die Zuwachsrate mit 4,2 Prozent unter der des Vorjahres.

Market Maker

Deutscher Pharmakonzern Bayer im japanischen Aids-Bluter-Skandal

Wie die Tokioter Staatsanwaltschaft bekanntgab, zahlten BAYER und vier weitere Firmen in den achtziger Jahren über 600.000 DM Bestechungsgeld, um ein Verkaufsverbot unbehandelter Blutpräparate in Japan zu verhindern. Gegen den Empfänger der Zahlungen, Professor Takeshi Abe, Experte auf dem Gebiet der Hämophilie (Bluterkrankheit) und damals Vorsitzender einer Regierungskommission zur Untersuchung von Aids, wird nun wegen Mordes ermittelt.

Über 1800 Bluter wurden zwischen 1982 und 1986 in Japan durch Blutprodukte der fünf Unternehmen mit dem Aids-Virus infiziert. Obwohl die Gefahr frühzeitig bekannt war und ein Immunisierungsverfahren zur Verfügung stand, kamen jahrelang unbehandelte Produkte in den Handel. BAYER war zu dieser Zeit Weltmarktführer im Geschäft mit Blut. Nach warnenden Hinweisen aus den USA, daß über nichterhitzte Blutprodukte Aids übertragen werden könne, war durch das japanische Gesundheitsministerium im Juli 1983 ein Verkaufsverbot unbehandelter Mittel erlassen worden.

Eine Woche darauf ging Professor Abe daran, diesen Beschluß zu torpedieren. Nach Zahlungen durch die Firmen Bayer, Baxter, Green Cross und Nihon Zoki brachte er die Aids-Kommission dazu, auf die Rücknahme des Verbots zu drängen. Gleichzeitig saß Abe einer Kommission vor, die die Tauglichkeit von Erhitzungsverfahren für Blut überprüfen sollte und die zu dem Ergebnis kam, daß ein staatliches Verbot nicht nötig sei. Daraufhin wurde der Erlaß aufgehoben. Auch ein Test zum Aufspüren von Risikospendern (Core-Test) wurde nicht eingeführt.

Abe war somit die zentrale Figur in einem Millionenpoker, der bis heute allein in Japan 400 Menschenleben gekostet hat. Die Pharmaindustrie hatte die entscheidende Person gekauft, um ihre wertvollen Altbestände ("teurer als Gold") doch noch auf den Markt bringen zu können.
Presseerklärung der Coordination gegen BAYER-Gefahren, Internationales Selbsthilfe-Netzwerk seit 1983

Mexiko-Update

Pläne der mexikanischen Regierung, im Rahmen des neoliberalen Programms die mexikanische Ölindustrie zu privatisieren, treffen in Mexiko auf besonderen Zorn, weil seinerzeit die US-Ölfirmen gegen eine Entschädigung enteignet wurden, die unter großen Opfern von der gesamten mexikanischen Bevölkerung gespendet wurde. Hinzu kommen die Beschwerden über die immer unerträglichere Umweltverschmutzung durch die Ölindustrie.

Am 29. Januar besetzten hunderte der betroffenen Menschen 18 Bohrstellen, um sich gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen zu verteidigen. Armee- und Polizeikräfte reagierten auf die friedlichen Besetzungen mit gewaltsamen Vertreibungsaktionen. Hierbei wurden

Das Walpurgisnachtfest auf dem Ostberliner Kollwitzplatz (siehe unser Artikel "Bulle in Bürgerkutte" im letzten "telegraph" geriet zum Disaster, wie auch die bisher so polizeifrommen Veranstalter zugeben mußten. Im Folgenden die Presseerklärung der Arbeitsgemeinschaft Walpurgis 96:

Friedliche Walpurgisnacht am 30. April 1996 auf dem Kollwitzplatz gescheitert

Arbeitsgemeinschaft Walpurgis 96
c/o Netzwerk Spiel/Kultur Prenzlauer
Berg + Projekte am Kollwitzplatz e.V.

Nilson Kirchner
Sabine Boldt
Ernst Frieder Kratochwil

Bis 2.25 Uhr war die Walpurgisnacht 96 auf dem Kollwitzplatz friedlich.
Kleinere Auseinandersetzungen am Rande wurden mit Hilfe der Feiernden, des Ordnungsdienstes und der eingesetzten Polizeikräfte friedlich beigelegt.
Die Veranstalter standen in ständigem Kontakt mit der Einsatzleitung der Polizei. Sogar weitere Feuer waren kein Anlaß für Auseinandersetzungen.
Gegen 1.45 Uhr erfuhren wir von einer Konfrontation in der Wörther Straße, die trotz Einsatzes unserer Ordner zunahm.
Um 2.20 Uhr informierte uns der Einsatzleiter der Polizei, Herr Buchholz, daß die Polizei jetzt in der Wörther Straße einschreiten wird. Herr Buchholz sicherte uns noch genügend Zeit zu, um die Festteilnehmer zu informieren und deutlich zu machen, daß die Walpurgisfeier weiter geht.
Ehe wir tätig werden konnten, preschte bereits ein Zug von "Wannen" mit hoher Geschwindigkeit absprachewidrig auf den Kollwitzplatz, obwohl der beabsichtigte Einsatz der Polizei außerhalb des Festplatzes lag.
Die Beamten sprangen sofort aus den Einsatzfahrzeugen und gingen ohne Vorwarnung gegen die friedlichen FestteilnehmerInnen vor.
Nach den ersten straßenschlachtähnlichen Auseinandersetzungen haben wir den Einsatzleiter der Polizei aufgefordert, die Polizeikräfte vom Platz abzuziehen, da wir die Veranstaltung noch nicht für beendet erklärt hatten.
Dies wurde uns zugesagt. Während wir auf den Vollzug warteten, griff die Polizei erneut wahllos ein.
Eine Information der TeilnehmerInnen war angesichts der Lage durch uns nicht leistbar. Daraufhin lehnten wir jede Verantwortung für den weiteren Verlauf ab und teilten dies auch der Polizei mit.
Die Veranstalter betrachten das Verhalten der Polizei ab diesem Zeitpunkt als eklatanten Wortbruch.
Sabine Boldt
Nilson Kirchner
Ernst Frieder Kratochwil

1. Mai 96, 3.50 Uhr

mehrere Menschen verletzt und mehr als hundert Bauern festgenommen.

Als Antwort auf eine Anfrage der Ölarbeitergewerkschaft wird Ende April eine Stellungnahme des Nationalen Exekutivkomitees der PRI zum Verkauf der Petrochemie erwartet. Gerüchte besagen, daß die PRI sich unter dem Druck der Gewerkschaft entschließen wird, gegen den Verkauf einzutreten.

Delegierte von PRI und PRD drohten jetzt, im Parlament gegen das Gesetz gegen organisierte Kriminalität zu stimmen, wenn nicht wichtige Passagen verändert würden. Insbesondere geht es den Abgeordneten um den Artikel 16, der Regierungsbeamten in einer großen Anzahl von Fällen das Recht gibt, Telefone abzuhören, wenn illegale Aktivitäten vermutet werden. Das Gesetz, das bereits vom Senat gebilligt wurde, wird ihm vermutlich zur Änderung wieder zugeschickt werden. In einer Stellungnahme zu dem Gesatz sagte die mexikanische Menschenrechtskommission: „Eine Gesellschaft, die den täglichen Gebrauch der Menschenrechte aus Gründen der öffentlichen Sicherheit einschränkt, geht auf ein totalitaristisches System zu."

Aus „Akin", Wien und MEXICO UPDATE 68 from: pueblo@laneta.apc.org

Papstsekte Opus Dei für die Erhaltung der katholischen Hierarchie

Die vom Papst geförderte katholische Geheimorganisation Opus Dei setzt gegenwärtig theologisch alles auf eine Karte. Die bevorstehende katholische Anerkennung der zentralen Aussage Martin Luthers, wonach sich allein der Glaube, nicht aber die Werke vor Gott rechtfertigen, soll geschickt unterlaufen werden. Diese sogenannte

* telegraph-Abonement
Ich bestelle den telegraph im Abonnement ab:
_____ für
___ 1 Jahr (45,- DM)
___ 1/2 Jahr (23,- DM
Das Abonnement verlängert sich automatisch, sofern es nicht spätestens 6 Wochen vor Ablauf des alten Abbos gekündigt wird. Der Auftrag kann inerhalb von 10 Tagen widerrufen werden.
____ auf Probe (2 Hefte für 6,- DM)
Das Probeabo verlängert sich nicht automatisch!
Probeabo nur gegen Vorkasse (bar oder Briefmarken!)

Datum/Unterschrift

An
Redaktion telegraph
Schliemannstr. 22
10437 Berlin

* telegraph - das Geschenk
Ich verschenke den telegraph als Abo für
1 Jahr (45,- DM) an:
Name:_____
Str./Nr.:_____
ORT/PLZ_____
Das Geschenkabo verlängert sich nicht automatisch!
Der Auftrag kann innerhalb von 10 Tagen widerrufen werden

Datum/Unterschrift

Name:_____
Str./Nr.:_____
ORT/PLZ:_____
Zahlungsweise:
____Rechnung ____bar ____per Abbuchung

Konto-Nr. Bankleitzahl

Name der Bank/ORT

Ausschneiden oder kopieren und uns im Brief oder frankiert als Postkarte zuschicken

Rechtfertigungslehre führte im 16. Jahrhundert zur Reformation und damit zur Kirchenspaltung. Im römischen Hauptquartier von Opus Dei wird befürchtet, daß der Papst bei seinem kommenden sommerlichen Deutschlandbesuch sich in Paderborn in Sachen Ökumene »fehlerhaft« äußern wird. Im Mittelpunkt einer internationalen Tagung, die Mitte März in der römischen Opus-Dei-Universität Santa Croce stattfand, stand deshalb das Thema Rechtfertigung. Die Opus-Dei-Strategie zielt darauf ab, den geplanten Text der bevorstehenden katholisch-lutherischen Grundsatzeinigung derartig zu verwässern, daß nur eine formelle, nicht aber eine vollinhaltliche Übereinkunft erzielt wird. Kernpunkt ist für Opus Dei die Verteidigung der römisch-katholischen Position des Vorrechtes der kirchlichen Autorität gegenüber den Rechten der einzelnen Christgläubigen. Ein Opus-Dei-Prälat: »Ein Papst genügt. Wo kommen wir hin, wenn sich alle anmaßen würden, Päpste zu sein.« Schließlich gelte es, den von dem »Irr-lehrer« Hans Küng während des Konzils forderten »Ökumenismus« abzuwehren, der die »Protestantisierung« der katholischen Kirche einleite. Am Ende stehe dann »ganz logisch« die von Hans Küng offen geforderte Aufhebung des Dogmas von der päpstlichen Unfehlbarkeit und Zentralgewalt. Bei aller Kritik, die man gegenüber den Traditionalisten um den verstorbenen Erzbischof Marcel Levebvre äußern müßte, sei in dieser entscheidenden Frage den Traditionalisten rechtzugeben. »Küng will die katholische Petrus-Kirche zu einer Paulus-Kirche ummodeln.« Der Prälat, beschwörend: »Vor ihm behüte uns Gott!« - Zu dieser Thematik befragt, äußerte sich in Rom ein führender Jesuit: »Katholisch sein heißt, die Ge- meinsamkeit von Petrus und Paulus vor Augen zu haben.«
PF 7/96 S.55

Impressum:

Der "telegraph" erscheint monatlich, Einzelhandelspreis 4,00, WiederverkäuferInnen erhalten 30% Rabatt, Abonnementbedingungen siehe 3. Umschlagseite

V.i.S.d.P.:
Wolfgang Rüddenklau
Redaktionsschluß: 30.4.96

Herausgeberin:
Gemeinnütziger Verein Umwelt-Bibliothek Berlin, Schliemannstr. 22, 10437 Berlin,
Neue Telefonnummer:
44650910, Fax: 4445623
(unbedingt Hinweis "für "telegraph" hinzufügen)

E-Mail:
telegraph@vlberlin.comlink.de

Konto:
Berliner Bank
Kto.-Nr. 7189250800,
BLZ 10020000

Ya Basta!

Es reicht!

„Es ist nicht notwendig,
die Welt zu erobern.
Es reicht, sie neu zu schaffen.
Durch uns. Heute.“

1. Europäisches **Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen Neoliberalismus**

vom 30. Mai bis 2. Juni in Berlin

Kontakt und V.i.s.d.P.:
Mexiko-Gruppe im FDCL
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
Fon: 030/69461 01
Fax: 030/69265 90
Bürozeiten: Montag 19 – 22 Uhr
Mittwoch 16 – 22 Uhr
E-Mail: yabasta@contrib.de
Internet: http://www.icf.de/yabasta